

tierra y Libertad

Land und Freiheit # 51

Rebelliges Zentrum Atenco

Sieg der Kleinbauern von Atenco über den geplanten Großflughafen

Chronik der brutalen Repression und vom massiven Widerstand im Juli

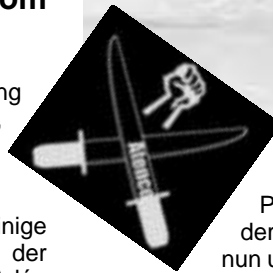
Am Donnerstag, den 12. Juli, eskaliert die Auseinandersetzung um den geplanten Großflughafenbau in San Salvador Atenco, als 1.000 Polizisten einer Landes-Sondereinheit eine Demonstration von 100 Campesinos angreifen.

33 Protestierende werden bei dem brutalen Angriff verletzt, einige schwer. 14 Menschen, darunter die beiden Anführer der Widerstandsbewegung, Ignacio del Valle Medina und Jesús Adán Espinoza, werden von der Sondereinheit verhaftet.

Als der Angriff und die Verhaftungen bekannt werden, errichtet die aufgebrachte Bevölkerung zahlreiche Straßenblockaden und greift Patrouillen mit Steinen und Macheten an. Im Zuge der Proteste nehmen wütende Bauern sieben Polizisten und Regierungsfunktionäre gefangen und bringen sie in ihr rebellisches Rathaus.

Bundesarmee und Polizeispezialeinheiten rücken an. Vertreter humanitärer Organisationen können die Gefangenen der Campesinos besuchen und stellen deren Unversehrtheit fest.

Nachdem in der Nacht auf Montag, den 15. Juli, der mexikanische Staat alle Gefangenen freigelassen hat, lässt die Bevölkerung die



von ihr als Faustpfand festgesetzten Beamten und Polizisten ebenfalls ziehen. Die in der Presse als "Geiseln" bezeichneten Gefangenen der Bevölkerung sind wohlauf, während drei der nun unter Bewährung freigekommenen Bauern nicht in ihr Dorf zurückkehren konnten, da sie bei den Auseinandersetzungen vom Donnerstag so stark verletzt wurden, dass sie immer noch im Krankenhaus liegen..

Die freigelassenen Bauern werden im rebellischen Dorf San Salvador Atenco begeistert begrüßt. Seit dem Wochenende sind dort auch zahlreiche SympatisantInnen (GewerkschafterInnen, Studierende, etc.) anwesend, die mit ihrer Präsenz ein Eingreifen der paramilitärisch strukturierten Spezialeinheiten (PFP) und der Bundesarmee verhindern wollen.

Am 19. Juli erhöht die Regierung ihr Entschädigungsangebot von umgerechnet 7.500 auf 53.300 Euro pro Hektar. Es beginnt ein Pokern um Termine und Inhalte für die vorgesehenen Verhandlungen.

Am 22. Juli hat die Bauernbewegung zu einer ersten Verhandlungsrunde mit der Zentralregierung aufgerufen, die in der Agraruniversität von Chapingo stattfinden soll. Die Fox-Regierung scheint erneut nicht verhandlungsbereit und lässt den Termin verstreichen.

Am 24. Juli stirbt der Bauer José Enrique Espinoza Juárez, der bei den Auseinandersetzungen von der mexikanischen Polizei schwer verletzt wurde.

Am 27. Juli wird in Atenco die Frente Popular en Defensa de la Tierra (Volksfront zur Verteidigung der Erde) gegründet. Weitere Widerstandsaktionen, z.B. während des Papstbesuches in Mexiko-Stadt, werden geplant.

Am 29. Juli lässt die Regierung einen weiteren Verhandlungstermin verstreichen. StudentInnen der Universität UNAM aus Mexiko-Stadt richten ein Volkssommerncamp in Atenco ein, um sich u. a. an den nächtlichen Wachen zu beteiligen.

Fortsetzung Seite 2

Inhaltsverzeichnis

Orive wieder im EZLN-Gebiet	Seite 2
Massaker in der südlichen Sierra von Oaxaca	Seite 3
Operation PEMEX	Seite 5
Auslieferungsantrag gegen Ex-PRI-Gouverneur	Seite 6
Ex-Präsident Echeverría vor der Staatsanwaltschaft wegen des StudentInnen-Massakers von 1968	Seite 7
Abschluss Friedentreffen in San Cristobal	Seite 8
Vier Jahre seit dem El Bosque-Massaker	Seite 9
Zur Situation indigener Frauen in Chiapas	Seite 9
Interview mit Radio Comunitaria	Seite 11
Bericht: Foro por la vida	Seite 13
CETLALIC-Schule	Seite 15
Loxicha-Frauen / Jazinto: Pa 'Milano	Seite 16

Editorial

Militanter Widerstand lohnt sich wieder - wie der Sieg von Atenco zeigt. Die Horrorvorstellung der Mächtigen in Mexiko und anderswo einerseits, Hoffnung auf einen Umschwung gegen den weltweiten Rechtsruck andererseits?

Hat Präsident Fox wirklich klein beigegeben, weil er nicht auf ermordetem Bauernblut landen wollte, oder einfach weil er neue juristische Niederlagen wegen der verkorksten Enteignungsdekrete fürchtete, oder sogar aus Angst, eine neue landesweite Campesinorevolte zu provozieren?

Und werden die Soli-Aktivist:innen nicht fluchen, wenn sie bei ihrer nächsten Reise wieder drei Stunden über Mexiko-Stadt kreisen, weil es keine freie Landebahn gibt?

Viele Fragen, auf die wir auch keine letzten Antworten wissen, obwohl eine Zeitung wie *Tierra y Libertad* nicht nur Anteil nehmend berichtet, sondern auch Einschätzungen mit Bedeutung für die Kämpfe hier liefern sollte.

In den Neunzigern war es noch etwas einfacher. Da konnte diese Zeitschrift von unseren Vorgängerredaktionen seitenlang mit Kommunikés der EZLN gefüllt werden. Und heute? Pustekuchen. Schreibt Subkommandant Marcos etwa nicht mehr, da er - wie das mexikanische Boulevardblatt *Ovaciones* behauptet - auf eine Mine getrapst ist?

Die indigene Bewegung in Mexiko schweigt nicht! Zahllos sind die Anklagen der autonomen Gemeinden in Chiapas und der indigenen Organisationen in Oaxaca über (para)militärische Angriffe, doch die alle hier nachzudrucken würde uns doch zu betrübt stimmen. Am 19. Juli hat sich der autonome zapatistische Landkreis Olga Isabel in Chiapas solidarisch mit den kämpfenden Bauern in Atenco erklärt. Am 21. Juli solidarisierte sich der Nationale Indigene Kongress der Zentral-Pazifischen Region mit dem "gerechten und würdigen Kampf der Nahua-Brüder aus der Region von Texcoco gegen die Enteignung ihrer Länder für den Flughafenbau" und erklärte außerdem, daß sie das "würdige Schweigen der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) respektieren und unterstützen".

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch die Redaktion. Wir hoffen, Ihr findet in unseren Beiträgen spannendere Themen als unsere bundesdeutschen Sommerloch-Affären.

Atenco ... Seite 1

Am Donnerstag, den 1. August, erklärt das mexikanische Verkehrs- und Transportministerium, sich angesichts der massiven Proteste der Campesinos nach einem neuen Standort umzusehen. In Atenco wird der Sieg mit einem großen Feuerwerk gefeiert.

Mit ihrem entschlossenen Widerstand ist es den Bewohner:innen von Atenco gelungen, einen der vielen Landkonflikte öffentlich zu machen und die Regierung zur Aufgabe ihrer Pläne in Atenco zu zwingen.

Nur allzu häufig werden ansonsten die Vertreibungen, Ermordungen und die Mittäterschaft des mexikanischen Staates in Landkonflikten totgeschwiegen - das jüngste Beispiel ist die Erschiessung von 27 Bauern im Bundesstaat Oaxaca am 31. Mai. Und auch in Chiapas werden Landkonflikte durch die neuen Machthaber geschürt.

Quellen:

- albatroz 30. Juli, Mexiko
- Direkte Solidarität mit Chiapas, Zürich, www.chiapas.ch

Überarbeitung:

ZAPAPRES Mexiko-Nachrichten-



Chiapas: Bekannter Paramilitär hetzt Campesinos gegen EZLN-Basis auf - Autonome Gemeinderat denunziert Kampagne zur Vertreibung aus den Montes Azules

gh/ZAPARES, Hamburg, 12.07.02

Der vom Maoisten zum Paramilitär gewandelte Adolfo Orive und Berater des Ex-Präsidenten Zedillo in Sachen Aufstandsbekämpfung gegen die EZLN treibt wieder sein Unwesen in Chiapas.

Wie der autonome Gemeinderat von Amador Hernández am 26. Juni bekannt gab, stiftet Orive gemeinsam mit seiner neuen politischen Organisation SARUMA den Bauernverband ARIC zu Angriffen auf die zapatistische Basis an, was bereits mehrfach die Intervention der Bundesarmee provoziert hat.

Dadurch wird das Deeskalationsabkommen zwischen der ARIC und dem autonomen Gemeinderat verletzt, das beide Seiten nach zahlreichen gewaltsamen Zusammenstößen im letzten Jahr miteinander ausgehandelt hatten.

Die Fox-Regierung und die Landesregierung von Salazar unterstützen die ARIC mit Hilfsprogrammen zur Aufzucht von Kühen. Die Herden werden dann in Pflanzungen der zapatistischen Campesinos getrieben, um sich ihr Land anzueignen und ihre Lebensgrundlage zu zerstören. Dies ist jedoch nur der erste Schritt in dem Plan, alle indigenen Gemeinden nicht nur die zapatistischen aus der Region der Montes Azules zu vertreiben.

In dem Kommuniqué des autonomen Gemeinderats heißt es daher: "Es macht uns traurig, dass es unsere eigene indigene Brüder sind, die benutzt werden, als ob es selbstverständlich wäre, dass sie die schmutzige Arbeit für Fox und seine neoliberale Herren tun."

Tierra y Libertad

»Land und Freiheit«

Herausgeber:

Zapapres - Mexiko-Nachrichten-Import e.V.

email: zapapres@freenet.de

und Café Libertad Kooperative GbR

cafe-libertad@gmx.de

- beide Hamburg

V.i.S.d.P.: Gerrit Höllmann

Auflage: 500 Exemplare - Eigendruck

Anschrift: Café Libertad, Bahrenfelder Str. 17, 22765 Hamburg

Telefon: 040 - 2090 68 93 - Fax: 040 - 2090 68 92

Bezugsbedingungen:

Einzelbezug: 1 € plus 0,77 € Porto

Abonnement für 1 Jahr: 7 €

ab 10 Exemplaren 40% Rabatt plus Versandkosten:

10 Expl. 6,- € plus 1,28 € Porto

Abonnement für 1 Jahr: 29 €

bis 50 Expl. -,60 €/Stück plus 3,50 € Versandkosten

ab 100 Expl. -,60 €/Stück plus 5 € Versandkosten

Massaker in der südlichen Sierra von Oaxaca

26 Tote und 2 Verletzte

Victor Ruiz Arrazola und Alonso Urrutia, *La Jornada*, 2. Juni 2002

Santiago Xochiltepec, Oaxaca, 1 Juni. 26 Tote und zwei Verletzte sind das Ergebnis eines Hinterhaltes auf eine Gruppe Einwohner von Santiago Xochiltepec, Bezirk Santiago Textitlán, in der südlichen Sierra von Oaxaca, den möglicherweise ihre Nachbarn aus der Ortschaft La Huertas, Bezirk Santo Domingo Tejomulco ausgeführt haben. Der Vorfall ereignete sich am Abend des 31. Mai, als ein Lastwagen mit 26 Personen, der von Antonio Pérez gefahren wurde, von einer Gruppe bewaffneter Personen aufgehalten wurde, die ihn zwingen auszusteigen.

Der Version der Generalstaatsanwaltschaft zufolge, befahlen sie dem Fahrer gemeinsam mit seinem Sohn auszusteigen und sich zu entfernen. Augenblicke später eröffneten sie das Feuer auf die anderen Personen. Die einzigen Überlebenden der Exekution waren Pablito López Cruz und Ezequiel Gutiérrez, die Schusswunden erlitten und in das Krankenhaus Aurelio Valdivieso in Oaxaca eingeliefert wurden. Auch der Fahrer des Wagens und sein Sohn überlebten.

Die Schwere der Tat setzte eine große Mobilisierung von Polizei und Militär in Bewegung, um die Sicherheit in dem Gebiet zu garantieren. Soldaten der 8. Militärregion umstellten die Zone, während Agenten der mexikanischen Generalstaatsanwaltschaft in die Konfliktzone entsandt wurden.

Zur gleichen Zeit mobilisierte die Staatsregierung Angehörige zweier Elitetruppen: die "Sonderabteilung für besondere Anforderungen" und die Polizeieinheit für Sonderoperationen. Gleichzeitig wurden 100 Elemente der Präventivpolizei, 66 Agenten der Staatsanwaltschaft und 11 Sachverständige mobilisiert, alle unter der Leitung des Generalstaatsanwaltes des Bundesstaates, Sergio Santibáñez, der sich zur Zeit der Veröffentlichung dieses Artikels weiterhin in der Region aufhielt.

Der Nachrichtenagentur Notimex zufolge wurden neun Personen festgenommen, die für den Hinterhalt verantwortlich sein sollen, und nach Aussage des Generalstaatsanwaltes Sergio Santibáñez sollen die Verdächtigen in der Hauptstadt des Staates einem kompetenten Richter überstellt werden.

Richtungen der Ermittlung

In der Nacht erklärte der Generalstaatsanwalt, dass es in der Ermittlung vier Richtungen gäbe: Gemeindekonflikte in einer traditionell zerrissenen Region, Probleme mit illegalen Holzfällern (die Region ist reich an Edelhölzern), der Drogenhandel und die Landkonflikte.

Später am Abend gab der Leiter des Sekretariats für Bürgerschutz, Heliodoro Díaz Escárraga, weiter bekannt, dass der Vorfall sich am Freitag um 19:30 ereignete, als 27 Einwohner von Santiago Textitlán in einem Lastwagen aus dem Dorf von San Pedro el Alto reisten, wo sie in der Sägemühle La Cofradía arbeiteten. In der Ortschaft Agua Fría, etwa 300 Km südlich der Stadt Oaxaca, zwangen drei bewaffnete Personen den Fahrer, Alberto Antonio Pérez, anzuhalten und mit seinem Sohn auszusteigen.

Antonio Pérez erzählte, dass die Bewaffneten ihnen befahlen sich zu entfernen, und nachdem sie einige Meter gegangen waren hörten sie die Schüsse. Danach herrschte nur noch Verwirrung. "Alles scheint darauf hinzuweisen, dass der Fahrer aus strategischen Gründen am Leben gelassen wurde, damit er von den Ereignissen berichtet", sagte Díaz Escárraga.

Der Leiter des Bürgerschutzes erklärte, dass die Vorfälle nichts mit den Agrarkonflikten in dieser Zone zu tun hätten, sondern dass es sich dem Modus Operandi nach zu urteilen dabei viel eher um "einen privaten Racheakt" handeln würde. Er bemerkte, dass Anfang März Nachbarn von Santiago Textitlán beschuldigt wurden, eine Person aus Las Huertas getötet zu haben, von wo auch die Mordverdächtigen stammen. Daher wird eine private Rachehandlung vermutet.

Nichtsdestotrotz gibt es sowohl in Santo Domingo Tejomulco als auch in Santiago Textitlán alte Agrarkonflikte, wie zum Beispiel in den Dörfern Santa María Zaniza und Santiago Amoltepec, die niemals überwunden wurden, wegen der "Weigerung landwirtschaftliche Grenzen zu definieren, mit dem klaren Zweck, wie unsere Ermittlungsquellen ergeben haben, um ein Gebiet zu schützen, dass dem Drogenschmuggel gewidmet ist".

Heliodoro Díaz versicherte, dass diese blutige Tat auf die "Armut, Marginalisierung und die mangelnde Bildung" der Menschen zurückzuführen ist, die in diesen Dörfern wohnen und verkündete eine Verstärkung der die Polizeiüberwachung in den Bezirken Santa María Zaniza, Amoltepec, Tejomulco, San Lorenzo Texmelucan und Santiago Textitlán, wo es immer Agrarkonflikte gegeben hat, die nach dieser Tat wieder ausbrechen könnten.

Inoffiziell wird angenommen, dass bei diesem Hinterhalt R-15 Gewehre verwendet wurden. Der PRI-Gouverneur von Oaxaca Murat Casab seinerseits bekundete seine Empörung und erklärte, seine Regierung würde umgehend positive Resultate erwarten, um gegen die Verantwortlichen dieser Bluttat vorgehen zu können, die jener gleicht, die 1995 aufgrund von Agrarkonflikten zwischen den Dörfern von Santa María Zaniza und Santiago Amoltepec verübt wurde und 29 Tote gefordert hatte.

Ein weitere Auseinandersetzung zwischen den Dörfern von San Lorenzo Texmelucan und Santo Domingo Tejomulco in 1998, ebenfalls durch Agrarkonflikte motiviert, forderte mehr als 20 Tote.

Murat Casab gab an, dass es sich bei diesem Hinterhalt um einen "einfachen Angriff" handeln könnte, infolge eines Landproblems Anfang dieses Jahres, das einen Toten und einen Verletzten gefordert hatte. Ein Motiv könnten jedoch auch interne Differenzen zwischen den Gemeinden im Zusammenhang mit dem Drogenschmuggel sein.

Eine lange Kette von Morden

Das Massaker an 26 Campesinos in Textitlán gehört zu einer langen Reihe von Hinrichtungen in den letzten Jahren, Produkt der Konflikte zwischen den Gemeinden.

In Regierungskreisen wird diese Region als eine der ärmsten des Staates identifiziert; die Landkonflikte, die auf die lange Nichterfüllung präsidentieller Resolutionen zu landwirtschaftlichen Fragen zurückzuführen sind, sind nur einer der Faktoren, die diese Zone zu einer der gewalttätigsten in ganz Oaxaca machen.

Die Geschichte ist alt und betrifft mindestens fünf Bezirke: Santiago Amoltepec, San Mateo Yucutindo, Santa María Zaniza und Santiago Textitlán. Hierbei handelt es sich um eine indigene Zone, in der die bekanntesten Auseinandersetzungen 1986 erfolgten. Damals forderten die Differenzen zwischen Santa María Zaniza und Santiago Amoltepec 20 Tote. Bei diesem Vorfall war Antonio Roque aus Santiago Amoltepec einer der Hauptverantwortlichen für den Hinterhalt, wofür er 13 Jahre im Gefängnis verbrachte, ein Zeitraum, in dem er auch der Anführer eines Gefangenenaufstandes war, der mehr als 10 Tote forderte.

Heute ist er der Bürgermeister von Santiago Amoltepec, eine Position, in der er aufgrund seiner vorherigen Verbrechen von der Menschenrechtskommission des Staates angefochten wird.

Regierungseinschätzungen zufolge ist Santiago Amoltepec einer der gewalttätigsten Bezirke. Seit Jahren entbrennen Konfrontationen mit benachbarten Gemeinden, die zur Gründung einer Organisation namens "Zayultzentex" geführt haben, um den Auseinandersetzungen zu begegnen, was die Differenzen nicht vermindert hat.

Update, 5. Juni

Eine der beiden bei dem Überfall verletzten Personen ist inzwischen gestorben. Die Zahl der getöteten Dorfbewohner von Santiago Xochiltepec erhöht sich damit auf 27. In der 800 Personen zählenden Gemeinde sind nun 89 Kinder Halbwaisen.

Zu den Hintergründen des Massakers sind immer noch widersprüchliche Aussagen im Umlauf. Möglicherweise haben die oben genannten Konfliktpotentiale - Konflikte um die Nutzung von Waldbeständen, illegaler Waffenhandel, Drogenschmuggel - zusammengewirkt. Klar ist, dass die Region "Sierra Sur" noch

stärker militarisiert werden soll. Bisher wurden 16 Verhaftungen vorgenommen.

Der populistische Gouverneur von Oaxaca, José Murat Casab, der dem konservativen PRI-Flügel um den mafiösen Roberto Madrazo angehört, wurde von verschiedenen Politikern der PRD wie auch der PRI beschuldigt, für das Massaker verantwortlich zu sein. Sowohl Murat wie auch der Präsident Fox seien sich immer der Brisanz der zahlreichen ungelösten Landkonflikte bewusst gewesen, hätten jedoch nichts zu Lösungen beigetragen. Die Regierung von Oaxaca und die bundesstaatliche Umweltbehörde Semarnat (Secretaria del Medio Ambiente y Recursos Naturales) werden nun der Nachlässigkeit in der Regelung von Ressourcenzugangs-Streitigkeiten angeklagt.

Das im Ausland völlig unbeachtet gebliebene Massaker (eine fünfzeilige AP-Meldung wurde nur von wenigen Medien übernommen) hat zumindest innenpolitische Konsequenzen: denn sowohl für Präsident Fox wie auch für Murat, der sich Chancen als Präsidentschaftskandidat 2006 ausrechnet, ist dieses Massaker ein überdeutliches Zeugnis für ihre Unfähigkeit, die dringenden Fragen in den verarmten, meist indigenen Landregionen Mexikos anzugehen.

Chronik eines angekündigten Verbrechens

jk/ZAPAPRES, Hamburg, 08.06.02

Freitag, 31. Mai, gegen 19 Uhr: eine Gruppe von knapp 30 Bewohnern der Gemeinde von Santiago Xochiltepec gerät in der Gegend von Agua Fria in einen Hinterhalt. 26 Männer sind sofort tot, ein weiterer stirbt Tage später an seinen schweren Verletzungen. Zwei Menschen liegen auch heute noch mit Schussverletzungen im Krankenhaus. Es war ein Hinterhalt, organisiert - so der bisherige Stand der Ermittlungen von Bewohnern der Nachbargemeinde Teojomulco.

"Wir wollen endlich Gerechtigkeit", fordern die Bewohner der angegriffenen Gemeinde Santiago Xochiltepec. "Seit 1935 sind unser Dorf und seine Bewohner Opfer der Auseinandersetzungen um Land. Die Jahre 1935, 59, 71, 97 und jetzt 2002 stehen für feige Morde und Massaker an unseren Brüdern".

Die Mörder stammen aller Wahrscheinlichkeit nach aus der Nachbargemeinde. "Es ist", so die Aussagen einiger Angehörigen der Ermordeten "eine einflussreiche Gemeinde, aus der die Angreifer und Mörder kommen, die über R 15 und Maschinengewehre verfügt. Und sie sind aggressiv. Es ist das Gesetz des Dschungels, das Recht des Stärkeren, das seit langer Zeit in dieser Region herrscht".

Die Forderungen an die Regierungen von Oaxaca und die Bundesregierung sind die gleichen wie nach früheren Hinterhalten und Massakern:

- Aufklärung des Verbrechens
- Bestrafung der materiellen und intellektuellen Verantwortlichen und
- Entschädigung der Familien der Opfer

Die Verbitterung über die unaufgeklärten und ungesühnten Massaker der Vergangenheit und die Sorge, dass auch die aktuellen Ermittlungen im Sand verlaufen werden, stehen im Mittelpunkt vieler Interviews mit den Hinterbliebenen.

"Generationen von Regierungen waren in den vergangenen Jahrzehnten an der Macht, doch keine hatte Interesse an der Aufklärung der Morde und Verbrechen. Viel Zeit und unzählige Auseinandersetzungen sind seit 1935 vergangen und immer waren wir die Opfer. Erneut fordern wir Aufklärung und Gerechtigkeit von der Regierung".

Ein weiterer Bewohner der Gemeinde ergänzt in einem Interview mit Journalisten der Zeitung La Jornada: "Seit wir uns erinnern können, und das schließt das Jahr 1959 mit ein, als unsere Gemeinde-Autoritäten ermordet wurden, gibt es keine Gerechtigkeit. Nichts wurde aufgeklärt. Hoffentlich untersucht die jetzige Regierung die Verbrechen und bestraft die Schuldigen".

Bereits im März, d.h. mehr als zwei Monate vor dem Massaker, hatte Martín García Ortiz, Priester der Gemeinde Santo Domingo Teojomulco, der Gemeinde, deren Bewohner das Massaker organisiert haben sollen, vor einer Zuspitzung der seit langem bestehenden Konflikte gewarnt. Damals hatten Bewohner der jetzt angegriffenen Gemeinde eine Gruppe der Nachbargemeinde Santo Domingo Teojomulco angegriffen. Zwei Männer wurden dabei verletzt, einer getötet.

Da keine Instanz des Justiz- und Staatsapparates eingriff, um diese und frühere Angriffe und Verbrechen aufzuklären, bekam die Forderung nach Rache, nach Selbstjustiz angesichts des verletzten, weil angegriffenen Gemeindestolzes so der Priester ein immer größeres Gewicht.

"Jedes Mal nach einer Aggression dieser Art wird in den Gemeinden die Alltagsarbeit unterbrochen, um Waffen und Munition zu beschaffen", erklärte Martín García Ortiz im März auf die Frage des Reporters, ob es Anzeichen für Racheaktionen gäbe. "Alle Gemeindemitglieder sind verpflichtet, Geld zu spenden für die Beschaffung der Waffen, die bei dem Rachefeldzug eingesetzt werden sollen. Da keiner in dieser Zeit das Land bestellt und das wenige vorhandene Geld für die Bewaffnung ausgegeben wird, spitzt sich in den Folgemonaten die ohnehin prekäre wirtschaftliche Situation in den Gemeinden zu und verstärkt die seit Jahrzehnten bestehende strukturelle Gewalt".

Die Regierung von Oaxaca hat die umfassende Aufklärung des Massakers versprochen. Um dies zu erreichen und die Grundlage für Gerechtigkeit zu schaffen, müssten neben den unmittelbaren Beteiligten zwei strukturelle Probleme Mexikos mit auf der Anklagebank sitzen: · das Fehlen eines rechtstaatlichen Justizsystems, das Selbstjustiz zur scheinbar legitimen Verteidigung werden lässt und · die ungelösten Landbesitzfragen, verbunden mit den oft ungenauen Gemeindegrenzen.

Operation PEMEX

jk/ZAPAPRES, Hamburg, Juni 2002

Schwarze Kassen, falsche Spendenquittungen, gefälschte Dokumente, dubiose Transaktionen, Schmiergeldzahlungen, die mit dem Kürzel "n. A.", nützliche Ausgaben, verbucht wurden, kriminelle Energie und Skrupellosigkeit, fehlendes Unrechtsbewusstsein bedingt durch die "Der-Staat-bin-ich-Mentalität" und das rücksichtslose Interesse an Machterhalt: die Begriffe und Beschreibung der Parteispendskandale und Betrugsmechanismen ähneln sich, egal ob von der bundesrepublikanischen CDU, SPD oder wie in diesem Fall von der mexikanischen ehemaligen Staatspartei PRI (Revolutionäre Institutionelle Partei) die Rede ist. Die Unterschiede beziehen sich auf das Ausmaß des Skandals, die Dreistigkeit der Betrüger, aber vor allem auf das Strafverfolgungsinteresse der jeweils Herrschenden.

Parallel zum verzweigten das ganze Land umspannende Pipeline-Netzwerk von PEMEX, der mexikanischen Erdölgesellschaft, besteht - so die Zeitschrift *Proceso* - ein weiteres Netzwerk: ein Netzwerk der Korruption, der illegalen, bzw. halblegalen Geschäfte und der Verträge ohne juristisches Fundament, um nur einige Beispiele der Skrupellosigkeit und der seit Jahrzehnten bestehenden Komplizenschaft zwischen Regierung und Erdölarbeitergewerkschaft und der milliarden-schweren kriminellen Energie a la mexicana zu nennen.

Die vermeintliche *Finanzkrise* der Erdölarbeitergewerkschaft STPRM (Sindicato de Trabajadores Petroleros de la República Mexicana), wurde mit den Umsatzeinbußen in den zahlreichen industriellen und landwirtschaftlichen gewerkschaftlichen Unternehmen und den rückläufigen Mitgliederbeiträgen begründet. Aber auch die finanziellen Einbußen durch Nicht-Erfüllung vertraglicher Absprachen von Seiten PEMEX in den Jahren 1997 und 1999, mussten dafür herhalten, am 31. Mai 2000, in der Wahlkampfhochphase um das mexikanische Präsidentenamt, vom "Arbeitgeber", dem halbstaatlichen Erdölkonzern PEMEX (*Petróleos Mexicanos*) einen "Kredit" von 640 Millionen Pesos (ca. 80 Millionen Euro) zu fordern, der so die Absprache mit den akkumulierten "Schulden" des Erdölkonzerns bei der Gewerkschaft von insgesamt 1,1 Milliarden Pesos (ca. 137,5 Milliarden Euro) verrechnet werden sollte. Der Differenzbetrag von 460 Millionen Peso wurde Wochen später auf eines der Gewerkschaftskonten überwiesen.

Wenige Tage später war der Deal perfekt: die PEMEX-Führung, allesamt Mitglieder der damals noch herrschenden Staatspartei PRI, beschloss auf der Grundlage der Klausel 246 des Manteltarifvertrages, die Gewerkschaft STPRM, deren Führung aus Parteifreunden bestand, bei der "Lösung" der finanziellen Probleme zu unterstützen, unter Verletzung des vom Parlament für PEMEX beschlossenen Haushaltes. PEMEX seinerseits forderte wenige Monate später, im September, vom Finanzministerium mit dem Hinweis auf die erbrachten "tarifvertraglichen Verpflichtungen" und den gerade abgeschlossenen neuen Gehaltstarifvertrag eine Erhöhung ihres Haushaltes.

Der Großteil der PEMEX-Überweisungen floss illegaler Weise - so die vorläufigen Untersuchungsergebnisse der Ermittlungsbehörden - in den Wahlkampffonds des PRI-Präsidentenskandidaten Labastida. Ein geringerer Teil verschwand als "Provision" in den Taschen der beteiligten Akteure.

Erst durch die unerwartete Wahlniederlage der PRI bei der Präsidentschaftswahl, die entscheidende Niederlage nach über 70 Jahren fast uneingeschränkter Herrschaft, und dem Beginn der Anti-Korruptions-Maßnahmen der neuen Regierung, erhielt die "Operation PEMEX", einer der bislang größten bekannt gewordenen illegalen Parteispendskandale die Bedeutung, die sie heute in der veröffentlichten Debatte hat.

Die "Operation PEMEX" als eine Form der Parteienfinanzierung war nicht - so die allgemeine Einschätzung - die Ausnahme, sondern die Regel, die zum jahrzehntelangen Überleben der ehemaligen Staatspartei PRI beitrug.

Nach dem Bekanntwerden der Inhalte der laufenden Ermittlungen im PEMEX-Skandal beschloss Ende Februar dieses Jahres die Parteispendenkommission des Parlamentes die Rechnungs- und Buchprüfungen auf folgende staatliche und halbstaatliche Institutionen, Unternehmen und Landesregierungen auszuweiten, die ebenfalls im Verdacht stehen, illegale Wahlkampfspenden in Millionenhöhe aus ihren Etats "abgezweigt" zu haben.

Zu diesen Unternehmen, Politikern und Institutionen gehören:

- die Ausgaben während der letzten Jahre der Amts- und Regierungszeit von Roberto Madrazo in Tabasco, dem Bundesstaat, der seit Ende der 80er Jahre für Wahlbetrug berüchtigt ist und in dem der neue Parteivorsitzende der PRI Gouverneur war;
- SEDESOL, das Ministerium für Soziale Entwicklung
- die PRI-Regierung von Veracruz unter Miguel Alemán
- die halbstaatlichen Elektrizitätswerke
- die beiden Sozialversicherungsinstitute IMSS und ISSSTE, sowie die
- Eisenbahngesellschaft

Parallel zu dieser parlamentarischen Entscheidung, beschloss das mexikanische Bundes-Wahlinstitut IFE, Anklage vor der Sonderstaatsanwaltschaft für Wahlvergehen zu erheben gegen - so die juristische Formulierung - den oder die Verantwortlichen für die illegale Überweisung öffentlicher Gelder des Erdölkonzerns PEMEX an die Revolutionäre Institutionelle Partei PRI.

Und gleichzeitig beschloss das IFE, Akteneinsicht beim Innenministerium zu fordern über die damals offiziell genehmigten Verlosungen und Gewinnspiele der PRI zur Finanzierung ihres Präsidentschaftswahlkampfes 2000. Mit Hilfe dieser Verlosungen wurde, so die vorläufigen Ergebnisse des mexikanischen Bundesrechnungshofes SECODAM (Secretaría de la Controloría y Desarrollo Administrativo), ein Teil der illegalen Parteispenden "gewaschen", bzw. vertuscht.

Anfang April erließ die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen ehemalige leitende PEMEX-Direktoren und STPRM-Gewerkschaftsfunktionäre. Einige befinden sich seit Mai in Haft, andere auf der Flucht.

Die PRI, die im Extremfall wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder, Betrug, Verstößen gegen die Wahlgesetzgebung und anderen Anklagepunkten, ihren Parteienstatus verlieren könnte, sollten die illegalen finanziellen Transaktionen eindeutig vor Gericht nachgewiesen werden und zur Verurteilung führen, setzt auf die "Einzeltäter-Argumentationschiene". Nicht die Partei, sondern einzelne Parteifunktionäre, die darüber hinaus die offiziellen Parteibeschlüsse und Instruktionen missachteten, tragen wenn überhaupt die Verantwortung. Die PRI als Partei sieht sich als "Opfer" einer von der Regierung gezielt lancierten Verleumdungskampagne, mit deren Hilfe die Regierung des Präsidenten Vicente Fox von ähnlich lautenden Vorwürfen der illegalen privaten Parteispenden aus nationalen und internationalen Unternehmerkreisen ablenken wolle.

Bereits heute, knapp ein Jahr vor den Parlamentswahlen 2003, wird die notwendige Aufarbeitung der jahrzehntelangen illegalen Verwendung öffentlicher Gelder für Wahlkampfw Zwecke instrumentalisiert und der Versuch gestartet, die vorhandenen Vorwürfe mit denen der anderen auf und gegen zu rechnen.

Von einer umfassenden Aufarbeitung der Funktionsweise des bei den Präsidentschaftswahlen besiegten *Systems der Staatspartei* sind die mexikanische Gesellschaft und die involvierten Institutionen noch weit entfernt.

ZAPAPRES e.V. -

Spendenmöglichkeit für autonome Bewegungen in Mexiko

Mit dem im Jahr 2001 gegründeten und als gemeinnützig anerkannten Verein wollen wir Spenden für autonome Bewegungen und insbesondere unsere Partnerorganisationen in Mexiko sammeln.

Dazu gehören:

- Die autonomen indigenen Gemeinden in Chiapas (Stichwort: San Andrés)
- Das Mexikanische Kollektiv zur Unterstützung der Sache der Kinder e.V. COMEXANI, A.C. (Stichwort: COMEXANI)
- Indigene landwirtschaftliche Selbsthilfeprojekte in Oaxaca (Stichwort: ORAB)
- Der Kampf der Frauen von Loxicha in Oaxaca (Stichwort: Loxicha)
- Die Zeitschrift El Machete (Stichwort: Machete)

Weitere Infos/Links unter: www.zapapres.de

Falls Spenden ohne Stichwort überwiesen werden, werden wir diese an eine der oben genannten Empfänger weiterleiten. Gern nehmen wir auch Spenden unter dem Stichwort "Öffentlichkeitsarbeit".

Über ZAPAPRES e.V. können Spenden auch an andere NGOs in Mexiko weitergegeben werden, sofern diese den Vereinszwecken entsprechen.

Spendenbescheinigungen für die Steuererklärung können seit März 2002 ausgestellt werden.

Vereinszwecke:

1. Die Förderung der deutsch-mexikanischen Freundschaft im Sinne der Völkerverständigung
2. Der Austausch und die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungs-Organisationen in Mexiko, insbesondere mit indigenen, kleinbäuerlichen, Kinderrechts-, Stadtteil-, Gesundheits- und Frauengruppen
3. Die finanzielle, materielle, organisatorische und beratende Unterstützung von Projekten der in 2. genannten Nicht-Regierungs-Organisationen
4. Die Nothilfe in indigenen-ländlichen Regionen und Elendsvierteln
5. Die Verbreitung von Nachrichten über Mexiko und die Durchführung von Informations- und Kulturveranstaltungen, insbesondere mit Gästen aus Mexiko

Spendenkonto:

Kontonr. 1211/416506
Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50)
Inh: ZAPAPRES, Jutta Klauß

Auslieferungsantrag gegen ehemaligen PRI-Gouverneur

jk/ ZAPAPRES auf der Grundlage eines Artikels aus *Proceso*, vom 9. Juli 2002.

Mario Ernesto Villanueva Madrid, der ehemalige Gouverneur des südöstlichen Bundesstaates Quintana Roo, könnte der **erste** Ex-Funktionär aus den Reihen der ehemaligen Staatspartei PRI sein, der in den USA angeklagt und verurteilt wird.

Der vor kurzem gestellte Auslieferungsantrag listet die Auslieferungsgründe und gleichzeitig Anklagepunkte auf:

- **Verschörung gegen die USA durch den Export von Kokain durch die Unterstützung des Drogenkartells des Südostens Mexikos**
- **und Geldwäscherei.**

Kurz nach der Festnahme von Villanueva Madrid im vergangenen Jahr, d.h. bereits unter der Regierung von Vicente Fox, holte das Bundesgericht in New York die bereits gegen Villanueva angelegte Akte hervor, deren Beweismittel sich auf die jahrelange Ermittlungsarbeit des FBI und der Drogenbekämpfungsbehörde DEA stützen.

Villanueva, so die bisherigen Ermittlungsergebnisse, kassierte seit Mitte der 90er Jahre Millionenbeträge vom Drogenkartell des Südostens Mexikos als Gegenleistung für die Bereitstellung des Quintana Roo Territoriums als Umschlagplatz für hunderte von Tonnen Kokain aus Kolumbien, die in die USA weiter transportiert werden sollten, sowie den Schutz dieser Transaktionen.

Dieser Anklagepunkt wird erweitert um den Vorwurf der **Geldwäsche** gegen ihn und seinen Sohn, Luis Ernesto Villanueva Tenorio, ebenso wie gegen eine bei der US-amerikanischen Börse beschäftigte Komplizin, die bei der Eröffnung von Bankkonten in den USA half.

Für jeden einzelnen Anklagepunkt wurde von den US-Behörden ein separater Auslieferungsantrag gestellt. Nach dem zwischen den USA und Mexiko abgeschlossenen "**Auslieferungsvertrag**" ist die mexikanische Regierung verpflichtet, den aus der Partei der Institutionalisierten Revolution kommenden Ex-Gouverneur auszuliefern, allerdings erst *nach* einem Gerichtsverfahren gegen ihn in Mexiko; ein Verfahren, das jedoch noch nicht beendet ist. Ein "fast track" d.h. ein abgekürztes Auslieferungsverfahren ohne vorausgegangenen Prozess in Mexiko ist jedoch mit einem entsprechenden präsidentialen Dekret möglich.

Die Bush-Regierung geht davon aus, dass die wiederholten Erklärungen seines Amtskollegen Fox, den Kampf gegen Korruption und Drogenhandel ohne Ansehen der Person zu führen, nicht nur Rhetorik ist.

Die Bundesstaatsanwaltschaft der USA, die von einer eindeutigen Beweislage im Zusammenhang mit dem Anklagepunkt **Verschörung gegen die USA durch den Export von Kokain** ausgeht, versucht zur Zeit mit Unterstützung mexikanischer Behörden, den Anklagepunkt **Vertrieb von hunderten Tonnen Kokain in den Großstädten der USA** zu untermauern und damit die Anklage auszuweiten.

Die bisherigen bilateralen Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die Drogen vor allem mit Schnellbooten aus Belize, Quintana Roo, aber auch anderen mexikanischen Bundesstaaten in die USA transportiert wurden. Circa 45 Millionen US Dollar aus diesem florierenden Geschäft wurden bereits auf Konten in den USA beschlagnahmt und eingefroren.

Mindestens 30 Millionen US Dollar hatte Mario Ernest Villanueva Madrid für seine Protektion und logistische Unterstützung kassiert. Die Konten auf denen *diese* Millionen deponiert sind, wurden noch nicht alle gefunden.

ZAPAPRES Mexiko-Nachrichten-Import

Postfach 30 61 26
20327 Hamburg
e-mail: info@zapapres.de
www.zapapres.de

Gruppentreffen jeden 1. und 3. Montag im Monat
20:00 Uhr (Treffpunkt bitte anfragen)

Radiosendung: jeden 2. Samstag im Monat
19:30-20:00 Uhr - Radio FSK 93,0 Mhz




Ex-Staatspräsident Echeverría erscheint vor dem Staatsanwalt wegen des Massakers von Tlatelolco

(Quelle: *El País*, 7.7.2002, Übersetzung bb/ZAPAPRES)

Der schwere schwarze Vorhang der politischen Straflosigkeit in Mexiko hat sich gelüftet. Zum erstenmal in der Geschichte wurde ein Expräsident, Luis Echeverría, auf die Anklagebank gestellt, um sich nach seiner Beteiligung und Verantwortung am Massaker von Tlatelolco befragen zu lassen. Es sind 33 Jahre seit der gewaltsamen Unterdrückung der Studentenbewegung von 1968 vergangen, aber für einen Gutteil der mexikanischen Gesellschaft ist es eine offene Wunde, für die es kein "Pardon noch Vergessen" gibt, da sie Dutzenden von Oppositionellen das Leben kostete und das Land in einen langen und tiefen Tunnel des Autoritarismus und der Repression stieß.

Das ehemalige Staatsoberhaupt gab zu, dass das Massaker an den Studenten von 1968 und die Verschwundenen des *Schmutzigen Krieges* eine "nationale Tragödie" bedeuteten und versicherte, daß er an der Aufklärung mitwirken werde, da er ein "ruhiges Gewissen" habe. In einer Presseerklärung betonte der 80jährige Expräsident, daß sein Erscheinen vor einem Sonderstaatsanwalt, um einen Fragebogen über das Massaker vom Tlatelolco-Platz zu beantworten, ein gutes Beispiel für das Land sei und die Ereignisse aufgeklärt werden müßten, damit sie sich nicht wiederholten.

Die Schüsse der Armee gegen eine Studentendemonstration in der mexikanischen Hauptstadt verursachten, nach offiziellen Angaben, ungefähr 30 Tote, andere Berichte sprechen von 300, sowie das Aufkommen von Guerillabewegungen und eines vom Staat entfesselten *Schmutzigen Krieges*. Das Massaker, das 34 Jahre straflos blieb, wurde verübt, als Echeverría, der das Präsidentenamt von 1970 bis 1976 innehatte, Innenminister war.

Gedrängt von einer starken Strömung in der öffentlichen Meinung mußte sich Echeverría vor einem Sonderstaatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft (PGR) präsentieren, der damit beauftragt ist, das Verschwindenlassen von politischen Gegnern und die Verantwortlichkeit von Amtsträgern bei der Repression gegen Studentenbewegungen, Oppositionelle und die Guerilla der 70er Jahre zu untersuchen. Mit ihm ist der Justiz ein dicker Fisch ins Netz gegangen, vor der er sich in einigen Tagen erneut wegen einer anderen blutigen Aktion gegen Studenten verantworten muß - der vom 10. Juni 1971, die sich ereignete als er bereits Präsident war.

Die Akte des Massakers von 1968 wurde von der Gesellschaft nie geschlossen. Ehemalige Führer der Studentenbewegung, neue politische Akteure der Linken und Mitglieder der Zivilgesellschaft haben das Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen der Exzesse des Regimes des Partido Revolucionario Institucional (PRI) vorangetrieben, der Mexiko 71 Jahre lang regierte und dabei gelegentlich in einem Autoritarismus verfiel, der in blutige Repressionen mündete, wie die des Oktobers 1968, welche vom damaligen Präsidenten Gustavo Díaz Ordaz und seinem Kabinett als Antwort einer demokratischen Regierung auf eine Verschwörung des internationalen Kommunismus gerechtfertigt wurden. Das war zur Zeit des kalten Krieges.

Der frühere Präsident Echeverría, der während seiner Regierungsjahre den *tercermundismo* und vorgeblich eine politische Öffnung in Mexiko förderte, hat seit Jahrzehnten seine Beteiligung an den Massakern von 1968 und 1971 bestritten, mußte nun aber vor dem Sonderstaatsanwalt erscheinen und 168 Fragen über sein Verhalten während des *Massakers von Tlatelolco* beantworten. Gelassen und unnahbar öffnete er nur seinen Mund, um Zeit für die Beantwortung der Fragen zu erbitten.

Befragt nach seiner Ansicht über die Öffnung der Akten aus den dunklen Jahren, antwortete Echeverría, dass dies ein Erfolg sei. Während seiner Aussage gab er weiter an, dass es ihn, wie jeden Mexikaner, sehr beschäftige, was diese enthielten. Als alter Fuchs der Politik verwies er darauf, dass er, zur Beantwortung der Fragen des Staatsanwalts, viele Dinge in dem freigegebenen Archivmaterial nachprüfen lassen werde. Präsident Díaz Ordaz hatte seinerzeit die politisch-historische

Verantwortung des *Massakers von Tlatelolco* übernommen, Echeverría hat sie immer abgelehnt.

"Ist es Ihnen nicht unangenehm, der erste Expräsident zu sein, der vor einem Staatsanwalt zu erscheinen hatte?", warf ein Reporter ein. Darauf Echeverría: "Es ist eindeutig ein gutes Beispiel." Auf die Frage, was er über die Geschehnisse des 2. Oktober 1968 sagen könne, bekräftigte er, ohne seinen eisernen Gesichtsausdruck abzulegen, "nun, es ist eine nationale Tragödie, die man aufklären muß, damit sie sich nicht wiederholt; man muß das untersuchen und alle konkreten Tatsachen ermitteln."

Eine "moralische Verurteilung", damit die Straflosigkeit aufhört

Die Straflosigkeit, die das alte System seinen Hauptakteuren garantierte, zerbröckelt in Mexiko und das Erscheinen des Expräsidenten Luis Echeverría vor dem Staatsanwalt "bedeutet zumindest", wie der mexikanische Beobachter, Raymundo Rivapalacio, meint, "dass es ein historisches Gedächtnis hinsichtlich der Verantwortlichen (für Taten wie die von Tlatelolco) gibt."

Zu den *Halcones*, eine bewaffnete Einheit, die am 10 Juni 1971 bei der unter der Bezeichnung *Fronleichnam-Massaker* bekannten Aktion, die Dutzende von Toten und Verletzten forderte, zum Einsatz kam, erläutert Rivapalacio: "Ja, es war eine paramilitärische Gruppe, organisiert von der Regierung, bezahlt von der Regierung und ausgebildet von der Regierung, um gewaltsam zu unterdrücken." Bei dieser gewaltsamen Niederschlagung gegen die erste Demonstration der linken Opposition nach dem *Massaker von Tlatelolco* gab es, nach Rivapalacio, "Vorsatz und Arglist. Es ist ein verjährtes Delikt, aber in beiden Fällen wird es eine moralische Verurteilung von Echeverría - ich habe da keinen Zweifel - als geistiger Urheber des Massakers vom 10. Juni und als Hauptakteur der Ereignisse vom 2. Oktober 1968 geben."

Rivapalacio räumt ein, dass "es möglich ist, dass dies die Gesellschaft im allgemeinen jenseits des Skandals nicht sonderlich interessiert. Dennoch wird es in historischer und politischer Hinsicht eine Gesellschaft sein, die nicht mehr mit einer offenen Wunde weiterleben muß"

Er ist der Ansicht, dass die Untersuchung tiefer gehen sollte, denn wenn man "bei Echeverría stehenbliebe, würde man die Verantwortung und die Schuld" für die dunklen und blutigen Abschnitte der mexikanischen Geschichte zu sehr einschränken.

NEU: Ladenlokal in Ottensen mit Direktverkauf!

CAFÉ LIBERTAD

und **ESPRESSO REBELDIA**

Espresso, 250g € 3,20
Café Libertad, 500g € 6,15

in Bio-Qualität

100% reiner Arabica-Hochland-Kaffee
von der zapatistischen Kooperative
Mut Vitz in Chiapas, México.

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Café LIBERTAD Kooperative
Bahrenfelder Str. 17, 22765 Hamburg-Ottensen
geöffnet Mo-Do. von 15-18 Uhr - Samstags 11-14.30 Uhr

Abschluss des *Encuentros für Frieden mit Würde und Gerechtigkeit* in San Cristóbal

von Elio Henríquez

La Jornada, Montag, 8. Juli 2002 (gekürzt)

Übersetzung: Dana Aldea

San Cristóbal de las Casas, Chiapas, 7. Juli. Die mehr als 1000 Teilnehmer des *Nationalen Encuentros für Frieden mit Würde und Gerechtigkeit* das heute in dieser Stadt seinen Abschluss fand - kamen überein, die Vereinbarungen von San Andrés zu verteidigen und alle zivilen Kämpfe auf die Schaffung der Voraussetzungen für Frieden in dem Staat auszurichten, hinsichtlich Menschenrechte und der Errichtung der Demokratie.

In dem Dokument "Strategische Richtlinien" erklärten die Teilnehmer die Notwendigkeit, den "Ernst der Kriegssituation und der Konflikte auf nationaler Ebene" für Gesellschaft und Öffentlichkeit sichtbar zu machen, sowie die Dringlichkeit eines "wahren Friedens" in Chiapas.

Andere Beschlüsse am Ende des Treffens, das am Freitag begann, waren die Schaffung einer neuen politischen Kultur, die auf den Prinzip des Respekts vor der Vielfalt und den Kulturen des Landes begründet ist, sowie die Verstärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Prozessen des kontinentalen Kampfes gegen das Freihandelsabkommen, der Puebla-Panama-Plan und die neoliberale Globalisierung. Sie kamen ebenfalls überein zu dem Wiederaufbau der sozialen und kommunalen Strukturen beizutragen, die zivile Beteiligung und Beobachtung im Bereich der Menschenrechtsverteidigung, des Kampfes gegen Militarisierung und Paramilitarisierung, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Schaffung von Voraussetzungen für die Rückkehr der Vertriebenen zu stärken, sowie die Prozesse der Autonomie und des Widerstandes der indigenen Völker zu unterstützen, und ihre Verbindungen zu allen Bewegungen der Zivilgesellschaft zu stärken.

Ausserplanmässige Aktivitäten

Das Organisationskomitee hatte angekündigt, dass das Encuentro mit einem Marsch durch die Strassen von San Cristóbal enden würde, aber später kam man überein, dass es mit der Abschlusszeremonie im Stadttheater "Hermanos Domínguez" enden sollte, was auch geschah.

Die Vollversammlung war für 13:00 Uhr angesetzt worden, aber wegen Verzögerungen in den Arbeitsgruppen begann sie nach 17:00 Uhr. Vor der Lesung der Dokumente, die am Schluss bewilligt worden waren, sang man die zapatistische Hymne, und dann spielte die Band des Landkreises Tlayacapan, die den Bolero Cuatro Vidas "unserem grossartigen Freund Carlos Payán Velver", dem Gründer der La Jornada, widmeten; mit der Bemerkung, dass "er sein Leben für dieses Vaterland und die ganze Welt gegeben hat." Das Lied "Mi Ranchito" widmeten sie dem Gedenken an Cristina Payán.

Da die Abschlussdokumente immer noch nicht bereit waren, spielte die Band weiter, und sogar Angehörige des Chors von Acteal, die nicht auf den Programm standen, stiegen auf Bitten der Musiker auf das Podium, unter Leitung von Anacleto Pedraza, Präsident des zapatistischen Rates.

Während der Unterbrechung gaben die Sprecher bekannt, dass etwa 300 pro-zapatistische Indigenas in dem Autonomen Landkreis Olga Isabel in Chilón gerade eine Strasse besetzt hatten und schwere Baumaschinen aufhielten, um gegen den Bau

einer Zugangsstrasse durch Gebiete die von Unterstützungsbasen der EZLN bewohnt werden zu protestieren.

Die Abschlussdokumente wurden gegen 18:00 Uhr vorgelesen, zunächst in mehreren indigenen Sprachen und später auf Spanisch. In einem Dokument mit dem Titel "Aufruf an das nationale Gewissen und Herz", erklärten die Teilnehmer von 285 Organisationen aus 13 mexikanischen Bundesstaaten und 13 anderen Länder, dass es ohne die Anerkennung der Rechte der indigenen Völker keine Demokratie, noch irgendeine Staatsreform geben würde, solange diese Garantien nicht verfassungsmässig anerkannt werden. Sie erklärten weiter, dass die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) ein "notwendiger und fundamentaler Faktor für Frieden und eine neue Hoffnung" sei.

Als eine ihrer Prioritäten definierten sie, die Vereinbarungen von San Andrés zu verteidigen, und forderten, diese mit allen verfügbaren Mittel vollständig zu erfüllen.. Sie forderten desweiteren die Erfüllung der drei von der EZLN gestellten Bedingungen für die Wiederaufnahme des Dialoges, und die Anerkennung und die Respektierung der kollektiven Rechte der indigenen Völker.

Klima der Anspannung und Ungewissheit

In diesem Dokument stellten sie fest, dass in Chiapas und besonders in der zapatistischen Region "ein Klima der Anspannung und Ungewissheit" herrscht, und dass die drei Bedingungen der EZLN für die Wiederaufnahme des Dialoges nicht erfüllt worden sind; Bedingungen, die von der Bundesregierung als "verdienstvoll" erachtet worden sind. Weiter hiess es, dass die Paramilitärs "weiterhin Straflosigkeit geniessen, und zu einer neuen Phase übergegangen sind, in der die nordamerikanische Aufstandsbekämpfungsdoktrin aufgenommen wurde, um eine ständige Aufreibung, Gewalt, Spaltung und alle Arten von Konflikte zu provozieren."

Sie erklärten ebenfalls, dass Regierungshandlungen "die hinter dem Rücken der Bevölkerung entwickelt werden," die Land- und Lebensbedingungen schwer belasten, und dass die EZLN weiterhin ein "Faktor für den Frieden" ist und "mit gewaltigen Anstrengungen eine Vertiefung und Verschärfung der Gewalt verhindern." Sie sagten auch, der Plan Puebla-Panama würde einen "Ethnozid" darstellen.

Die Teilnehmer am Encuentro betonten, dies sei der Augenblick für die Zivilgesellschaft "die Initiative wieder zu ergreifen", um zur "Erzielung eines neuen sozialen und politischen Paktes und der Errichtung eines neuen Staates" beizutragen.

In diesem Appell an die Mexikaner erklärten sie: "Es ist ebenfalls lebenswichtig und dringend notwendig, dass die drei Staatsgewalten, und besonders die Bundes- und Staatsbeamten aus Chiapas, ihre Verpflichtungen ehren, lernen gehorchend zu regieren, die Würde der Menschen und der gesamten Nation achten und das ihnen anvertraute Amt erfüllen."



Vier Jahre seit dem Massaker von El Bosque

Hermann Bellinghausen, *La Jornada*, 11. Juni 2002

Chavajeval, Chiapas, 10. Juni. Vor vier Jahren fiel Tod über den "aufgelösten" Landkreissitz von El Bosque herab. Die Bundesarmee und die Öffentliche Sicherheitspolizei kamen über den Hügel nach Chavajeval und Unión Progreso, um ihre Waffen abzufeuern. Der damalige Gouverneur, Roberto Albores Guillén, hatte beschlossen, mit dem erfolgreichen autonomen Landkreis San Juan de la Libertad aufzuräumen. Das hat er nicht geschafft, aber er erreichte, das Leben von acht Tzotzil Campesinos und einem Soldaten zu beenden. Er steckte 25 zapatistische Gefangene in Cerro Hueco, und bestätigte die Allianz seiner Regierung mit der paramilitärischen Gruppe Los Plátanos, die damals viele Menschenleben forderten und tief im Drogenhandel verwickelt waren.

Mit Fiestas und religiöse Feierlichkeiten gedenkt Chavajeval heute der tragischen Nacht des 10. Juni 1998. Hunderte zapatistische Unterstützungsbasen und Angehörige des autonomen Bezirkes San Juan de la Libertad kamen aus verschiedenen Gemeinden, Weilern und anderen Orte beiderseits des Hügels zusammen. Auf dem Dorfplatz spielte Musik. Viel Aktivität. Feierlichkeit. Aber sie wollten keine Journalisten dabei haben. Die Indígenas wollten miteinander reden.

Die Morde von El Bosque (der offizielle Name dieses Landkreises) bleiben weiterhin unbestraft, wie andere, vielleicht schlimmere. Nur sechs Monate zuvor hatte sich das Massaker von Acteal zugetragen. Ohne jemals seine Unschuld bezüglich dieses paramilitärischen "Ausbruchs" von Anhängern der (ehemaligen Staatspartei) PRI in Chenalhó zu beweisen, ist der ehemalige Gouverneur, Julio César Ruiz Ferro, heute wieder als zweifellos erfahrenes Mitglied des Staatsrates seiner Partei in die chiapanekische Gesellschaft zurückgekehrt. Er kehrte nach einem verlängerten Urlaubsjahr in der mexikanischen Botschaft in Washington zurück, eins der wenigen Orte der Welt, wo das internationale Gesetz gegen völkermörderische Regierungen nicht angewendet wird. Kein zögerlicher Richter Garzón würde auftauchen. Als er zurückkehrte sagte er der Presse, er käme "mit hoherhobenem Haupt."

Auch Roberto Albores ist für El Bosque - unter andere Verbrechen - niemals zur Verantwortung gezogen worden, stattdessen

betreibt er Politik in der harmonischen lokalen PRI. Wie immer wenn er es kann, gehört er der Gewinnerseite an: der seines Namensvetters, Madrazo.

Sogar das führende Mitglied der Angelegenheit, General Absalón Castellanos Domínguez, hat ein soziales Leben und verhält sich 22 Jahre nach dem Massaker in Golonchán als ob nichts passiert wäre. Wie Carlos Manuel Sabines Venegas, der Sohn des ehemaligen Gouverneurs Juan Sabines, heute in einem Brief an die *Jornada* schrieb, war General Castellanos am 15. Juni 1980 der militärische Oberbefehlshaber des Staates, und würde somit die Verantwortung für die Morde von Golonchán tragen, nicht Gouverneur Sabines.

In einer Nacht wie dieser, im Jahr 1998, beschuldigte der damals neue Gouverneur Albores die Zapatisten "nach einem anderen Acteal zu suchen." Wie immer kamen er und sein "Rechtsstaat" ihnen bei dem Versuch zuvor. Die "Rückkehr zur Gesetzlichkeit" vor den TV Azteca-Bildschirmen feierend, bezeichnete er seine Mitbürger, die er gerade gewaltsam vor der Ungesetzlichkeit gerettet hatte als "Tzeltal-Brüder" während sie in Wirklichkeit Tzotzil waren.

Trotz allem hat der autonome Landkreis San Juan de la Libertad seitdem niemals aufgehört, zu funktionieren. Was er jetzt nicht hat, ist eine Adresse. Für ungesetzlich erklärt in den "aufgelösten autonomen" Dörfern (El Bosque, Chavajeval und Unión Progreso), bleibt er weiterhin die Landkreisautorität, die von der Mehrheit der Gemeinden anerkannt wird. Die offizielle Landkreisregierung, die der Interimgouverneur Albores des Interimgouverneurs Ruiz Ferro in El Bosque eingerichtet hat, konnte dank der Mund-zu-Mund-Beatmung durch Regierungsprogramme wie PROGRESA und PROCAMPO überleben, aber die Mehrheit der Gemeinden ziehen es vor, autonom zu bleiben. Sie haben nicht einmal für die neuen Bundes-, Staats-, und Landkreisregierungen gestimmt. Das bedeutet nicht, dass sie aufgehört hätten zu existieren.

Heute finden in Chavajeval und Unión Progreso Gedenkfeierlichkeiten statt, aber die Indígenas haben nach aussen nichts zu sagen. Was hätten sie angesichts der systematischen Straflosigkeit der Macht in Chiapas noch hinzuzufügen? (übs. von Dana)

"Die Lage ist schwierig, aber nicht alles ist grau." Zur Situation der indigenen Frauen in Chiapas und dem Verhältnis der Feministinnen zur zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN.

Im Juni 2002 besuchte die mexikanische Frauenaktivistin Guadalupe Cárdenas mehrere Städte in der BRD, um über die Lage der Frauen im Süden Mexikos zu berichten. Auf Einladung der Gruppe B.A.S.T.A. machte sie auch Station in Münster.

Frauen als mehrfache Opfer

Die indigenen Frauen in Chiapas sind Opfer mehrfacher Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Herkunft und ihrer sozialen Klasse. Die Ungleichheiten manifestieren sich in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnverhältnisse, Nahrungsversorgung, Rassismus und Sexismus. Ihr Leben ist von Armut und Marginalisierung geprägt. Bis heute sterben die Menschen an einfachsten Krankheiten (z.B. Husten, Fieber, Darmerkrankungen) und wenn sie sich nicht durch traditionelle Medizin helfen würden, gäbe es wesentlich mehr Tote. Die Krankheiten, die direkt an die Strukturen der Ungleichheit gebunden sind, gab es immer, aber nachdem sich seit dem Aufstand der EZLN 1994 die Militärpräsenz in Chiapas extrem erhöht hat (ca. 60.000 Soldaten in rund 250 Camps), hat

sich die Lage drastisch verschlechtert, Männer und Frauen wurden Opfer von (z.T. sexueller) Gewalt.

Durch die Militärpräsenz herrscht täglich Angst und Unsicherheit, was psychische Probleme verursacht und anfälliger für physische Krankheiten macht. Die Indígenas haben ein intensives Verhältnis zu ihren Ländereien und den Flüssen, können sich dort aber nur eingeschränkt bewegen. Das Militär respektiert die Umwelt nicht, kontaminiert die Flüsse und verursacht dadurch nicht nur indirekt mehr Krankheiten. Frauen finden z.B. auch Präservative in den Flüssen, was für sie sehr delikat ist und sexuell aggressiv wirkt. Die Soldaten lassen auch Prostituierte in den Urwald karren, was die ethischen Vorstellungen der Gemeinden und vor allem der Frauen stark verletzt. Es wird vermutet, dass auf Dauer auch indigene Frauen als Prostituierte arbeiten werden.

Die Schulbildung der Frauen endet meistens nach 3 bis 4 Jahren und wird währenddessen oft unterbrochen, weil die Lehrer in vielen Gemeinden von weit anreisen oder die Mädchen im Haus helfen müssen. In vielen Schulen wird zudem nur in Spanisch

unterrichtet, eigene Sprachen werden selten gelehrt.

Viele Indígenas müssen in ärmlichen Hütten mit Erdboden und durchlässigen Wänden leben, die nicht vor Nässe und Kälte schützen. Die Frauen, die ihren Arbeitsplatz im Haushalt haben, sind zudem ein Leben lang dem Rauch ausgesetzt, der beim Kochen mit Holz auf der Feuerstelle entsteht. Dadurch, dass das Land noch immer ungleich verteilt ist, ist die Ernährung der Menschen sehr unausgewogen und einseitig. Strom- und Wasserversorgung existieren häufig nicht, was eine ungeheure Mehrarbeit vor allem für die Frauen bedeutet.

Als besonders gravierende Menschenrechtsverletzungen - einige Indígenas sprechen von Tendenzen versuchten Genozids - können die Zwangssterilisierungen bezeichnet werden, die immer wieder an indigenen Frauen in Regierungsambulanzen gegen ihr Wissen durchgeführt werden. Allein die Organisation COLEM (Colectivo de Encuentro de Mujeres, Kollektives Frauentreffen) konnte bisher 13 Zwangssterilisierungen in den letzten Jahren in Chiapas nachweisen. Diese juristischen Nachweise gestalten sich äußerst schwierig, da die betroffenen Frauen sich meist nicht trauen, jene extremen Eingriffe in ihr Leben öffentlich zu machen. In Südmexiko wurden insgesamt über 300 Fälle dokumentiert, die nun internationalen Menschenrechtsorganisationen und verschiedenen Staatsanwälten vorgelegt werden sollen.

Ein großes Problem stellt auch die Beschäftigung der jungen Indígenas als Dienstmädchen in den Städten dar. Die Familien schicken ihre Töchter in die Häuser der ökonomisch und sozial besser gestellten Mestizen (Nachkommen der Eroberer, die sich mit der mexikanischen ursprünglichen Bevölkerung gemischt haben), die den Mädchen Lohn und Bildung versprechen. Häufig werden diese Versprechungen überhaupt nicht eingehalten und die Mädchen in eine Rolle als unbezahlte Arbeitskraft und Sex-Objekt für die Hausherrn gedrängt. Es handelt sich hier um fundamentale Menschenrechtsverletzungen, die aber nur selten ans Licht kommen geschweige denn geahndet werden - es herrscht eine quasi systematische Straflosigkeit gegenüber Vergewaltigern.

Neben der Herrenmenschenmentalität, der die Indígena-Frauen durch Weiße und Mestizen ausgesetzt sind, müssen sie auch die häufig konservativen Vorstellungen der indigenen Männer ertragen. So wurden früher die Frauen meist durch Absprachen und Bestechung innerhalb der Gemeinden an ihre zukünftigen Ehemänner "verkauft", ohne dass sie ein Mitspracherecht hatten - in einigen Gemeinden ist dies bis heute so. Ein anderes großes Problem stellt die Verhütung da, die auch von vielen indigenen Männern nicht gerne gesehen und der nicht selten mit häuslicher Gewalt begegnet wird. Gravierend ist zudem der Ausschluss vieler indigener Frauen aus politischen und gesellschaftlichen Prozessen in ihren Gemeinden.

Im Zusammenhang mit den neoliberalen Wirtschaftsplänen der Regierung, vor allem dem Plan Puebla-Panamá (PPP) werden zahlreiche Weltmarktfabriken (Maquiladoras) in Chiapas entstehen, die auf billige und rechtlose Arbeitskräfte angewiesen sind, um international konkurrenzfähig zu sein. Meist sind 80 Prozent der Beschäftigten dieser Fabriken, häufig als "moderne Sklaverei" bezeichnet, junge Frauen, die Opfer von Erniedrigung, Sexismus und Gewalt werden. In einigen Maquilas müssen die Frauen z.B. monatlich in einer entwürdigenden Prozedur (Vorzeigen der Unterwäsche) ihre Regelblutung nachweisen, da Schwangere sofort entlassen werden. Toilettengänge sind stark eingeschränkt, miteinander Sprechen verboten und Übergriffe der Vorarbeiter an der Tagesordnung.

Frauen als Protagonistinnen der Verbesserung ihrer Situation

Verbesserungen ihrer Situation erreichten die Frauen vor allem durch selbstorganisiertes Engagement in verschiedenen Organisationen und Gruppen. Innerhalb der EZLN, die für Land und Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Würde, Anerkennung der indigenen Kultur und gegen autoritäre und neoliberale Politik

kämpft, organisierten sich die Frauen und stellten das "Revolutionäre Frauengesetz" auf. Dieses garantiert den Frauen Grundrechte wie die freie Wahl des Ehemannes, die Entscheidung über Familienplanung und ihr Recht auf politische und militärische Partizipation in ihrer Befreiungsbewegung. Immer wieder wird berichtet, dass es für die Frauen auch gegenüber ihren progressiven Compañeros nicht einfach war, diese minimalen Verbesserungen zu erreichen und eine konsequente Umsetzung ist auch in den zapatistischen Gemeinden noch nicht erreicht.

Einen weiteren Flügel der Frauenbewegung in Südmexiko bilden die feministischen Nichtregierungsorganisationen wie z.B. die COLEM aus San Cristóbal in Chiapas: Sie existiert seit 13 Jahren und arbeitet zu den Themen physische und psychische Gesundheit, sexuelle und familiäre Gewalt, Bildung, Information und Beratung. Sie arbeitet mit Indígenas und Mestizen, verfügen über ein kleines Zentrum, wo sie sich um Frauen kümmert, die Opfer von Gewalt geworden sind - ohne Rücksicht auf Herkunft, politische Einstellung oder Religion. Sie machen Radio-programme über frauenspezifische Themen, aber auch Programme, die an Männer gerichtet sind wie Verhütungsberatung oder sozio-ökonomische Themen wie die bevormundenden Modernisierungspläne der Regierung.

Zur Stärkung der Basis bilden sie weibliche Führungskräfte aus, die ihre Rechte kennen und denen methodische, soziale und politische Kompetenzen und Selbstbewusstsein vermittelt wird. Diese indigenen Frauen tragen dann ihre Erfahrungen in ihre Basisgruppen weiter und setzen so den in den Städten begonnenen profeministischen Kampf - transformiert durch ihre Sicht der Dinge - auf dem Land fort.

Das Verhältnis von Frauenbewegung und EZLN

Die oft städtisch geprägten Frauenorganisation begrüßen den anti-sexistischen Anspruch der EZLN, sind jedoch mit seiner unvollständigen Umsetzung unzufrieden. Einerseits ist dieses in der verschiedenen Weltanschauung von mestizisch-akademischen Aktivistinnen und indigener Landbevölkerung begründet (vereinfacht dargestellt: der Feminismus der Landfrauen geht den Intellektuellen nicht weit genug), andererseits sehen die Frauenorganisationen durchaus die Schwierigkeiten, dass sich die Zapatistas durch den "Krieg der niederen Intensität", den die Regierung durch Militarisierung, Korruption und soziale Marginalisierung gegen sie führt, vorrangig um Sicherheit, Aufrechterhaltung der Organisation und die nötige Selbstversorgung kümmern müssen und so - wieder einmal - die Frauenfrage vernachlässigt wird. Es wird auch bemängelt, dass einige hohe männliche Verantwortliche der EZLN das Thema "Frauen" hinten an stellen, gleichzeitig wird aber auch das Engagement anderer zapatistischer Kommandanten gewürdigt, die trotz aller Bedrängung auf der Umsetzung des "Revolutionären Frauengesetzes" beharren. Den fortdauernden Reflektions- und Entwicklungsprozess der Frauenfrage innerhalb der zapatistischen Bewegung veranschaulicht die Erweiterung des Revolutionären Frauengesetzes von 10 (1993) auf 31 Punkte (1996) und die berühmte Rede der EZLN-Kommandantin Esther im mexikanischen Parlament im Jahre 2001, in der sie neben einem Aufruf zur Akzeptanz der indigenen Autonomie völlig öffentlich auch ihre indigenen Mitkämpfer zu einer frauenfreundlicheren Praxis ermahnte.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich viele progressive Frauenorganisation trotz berechtigter Kritik sehr solidarisch zur EZLN stellen und anerkennen, dass ohne diese Bewegung die Lage der Frauen weitaus schlechter wäre, und hoffen, durch weitere Zusammenarbeit in einem langen und vermutlich schwierigen Prozess weiter zur Verbesserung der Lage der Frauen beitragen zu können. So schloss auch Guadalupe Cárdenas ihre Veranstaltung in Münster mit dem Satz: *"Die Lage ist schwierig, aber nicht alles ist grau."*

Luz, Gruppe B.A.S.T.A.

c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster, gruppeBASTA@gmx.de

Interview mit dem linken Stadtradiokollektiv

Radio Comunitaria 99.1 FM

von Andre Albatroz, San Cristobal de las Casas, Chiapas,
11. Juni 2002

Seit dem 23. März 2002 sendet das linke Stadtradiokollektiv **Radio Comunitaria 99.1 FM Frecuencia Libre** in San Cristobal de las Casas von täglich 9.00 Uhr bis 23.00 Uhr ohne staatliche Lizenz. Seit Anfang Mai 2002 existieren Ermittlungsverfahren gegen die vermeintlichen MacherInnen des Radios sowie ein Beschlagnahmungsbeefehl für die gesamte Sendeanlage. Das Stadt-Radio, das bisher über eine öffentlich zugängliche Adresse und Studio-Telefonnummer erreichbar war, wo auch die wöchentlichen öffentlichen Redaktionssitzungen stattfanden, an denen sich alle beteiligen konnten, die das wollten, sendet nun weiter von einem unbekannten Ort in San Cristobal. Bereits zweimal waren in der Vergangenheit am 23.4. und Anfang Mai Inspektoren der staatlichen **SCT (Secretaria de Comunicaciones y Transporte-** Kommunikations- und Verkehrsministeriums) vor Ort, um die RadiomacherInnen einzuschüchtern und die Sendeanlage zu konfiszieren. Beide Male ist ihnen jedoch erfolgreich der Weg versperrt worden. Jetzt existieren jedoch Ermittlungsverfahren und ein Eingreifen und eine Hausdurchsuchung durch die Polizei ist wahrscheinlich geworden. Das **Radio 99.1 FM Frecuencia Libre** ist zu erreichen unter: FM991Radio@yahoo.com.mx (in spanisch und deutsch)

Wann und wie ist das Projekt Radio 99.1 FM entstanden?

Am 23. März dieses Jahres haben wir in San Cristobal angefangen zu senden. Wir sehen die absolute Notwendigkeit selbst ein unabhängiges Medium zu besitzen, indem wir unsere Meinungen und Positionen, die sonst nirgendwo vertreten werden, äussern können. Bei den normalen Radiosendern, den kommerziellen, geht das nicht. Es sei denn du hast viel Geld und kaufst dir eine Lizenz.

Dabei geht es uns nicht nur um das Medium Radio, wir begreifen uns als Teil eines längerfristigen Projekts (Proyecto de Medios de Comunicacion) zur Rückeroberung des öffentlichen Raumes, das Fernsehen auch miteinschliesst. Unsere Grundidee ist, dass wir als Radio-Kollektiv Freiräume schaffen, in denen sowohl die Stadt-BewohnerInnen als auch politische und soziale Gruppen aus San Cristobal selbst zu Wort kommen und ihre eigenen Meinungen, Vorschläge, Ideen und Gedanken verbreiten können. Wir wollen all denen eine Stimme geben, die bisher keine hatten, bzw. nicht artikulieren konnten.

Also ein Radio für die Leute?

Ja, ein Radio für die Leute von den Leuten, das ist unser Konzept.

Wie ist jetzt eure aktuelle Situation, nachdem ihr am 23. März angefangen habt zu senden?

Unsere aktuelle Situation ist ein bisschen schwieriger geworden, nachdem wir seit Anfang Mai kriminalisiert werden. Neun Personen des Radiokollektivs haben mittlerweile Ermittlungsverfahren am Hals. Wir senden zwar im Moment weiter, tun das jedoch von einem verstecktem Ort hier in San Cristobal, der jedoch nicht allzu günstig ist. Unsere derzeitige Einschätzung ist jedoch, dass die Fox-Regierung in der momentanen Situation uns nicht in den Knast schicken wird, aufgrund des öffentlichen Ansehens der angeblich demokratischen Regierung, die in Mexiko jetzt existiert. Aber wie gesagt existieren eben diese Ermittlungsverfahren gegen uns und jeder Zeit kann es passieren, dass die Polizei uns verhaftet. Die Anklagen gegen uns lauten Raub der Radiowellen und Freiheitsberaubung."

Laut dem mexikanischen Bundesgesetz zur Regelung der Medienkommunikation obliegen alle Radios, Fernsehstationen und alle anderen Medien der Bundesregierung und der Nation. Und die Regierung ist die einzige, die eine Konzession erteilen

kann. Eine Konzession ist Voraussetzung für das Betreiben einer Radio- oder Fernsehstation. Wir hatten von Anfang keine Konzession bekommen. Laut dem Gesetz können wir demnach zu 2 bis 12 Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Warum habt ihr keine Konzession bekommen?

Wir haben um keine Konzession gebeten und haben auch keinen Antrag gestellt, eine zu bekommen. Bestenfalls wollen wir eine Art Duldung, Erlaubnis, Genehmigung.

Denn wir sind kein kommerzieller Sender und laut dem mexikanischen Gesetz werden Konzessionen nur an kommerzielle Sender und Zwecke vergeben. Aber eine Genehmigung kann für kulturelle Radiosender oder beispielsweise auch für Universitätssender vergeben werden. Aber auch um eine Genehmigung haben wir uns nie bemüht, weil bereits 1992 andere Leute aus San Cristobal damals eine Genehmigung forderten, sie aber nie erhalten haben.

Bis Anfang Mai habt ihr quasi in einem Studio gesendet, was öffentlich zugänglich und bekannt war. Leute konnten dort hinkommen usw. Was hat sich für euch konkret, nachdem ihr jetzt underground senden müsst, verändert?

Ja, unsere Situation hat sich verschlechtert, wir mussten von unseren öffentlichen Studio umziehen und senden jetzt von einem anderen Ort, um die Konfiszierung des Senders zu verhindern. Auch unser Programm hat sich dadurch verändert. Bis zu unserem Umzug Anfang Mai hatten wir öfters Live-Programme und Studiogäste. Jetzt gibt es bei und fast nur Musik und wenig Liveprogramme, weil der Ort logischerweise nicht so cool ist, dort nicht soviel Leute auflaufen können und zudem einige unter der ständigen Bedrohung einer evt. Festnahme nicht senden wollen, usw.

Wie ist eure Analyse der aktuellen Radio- und Medienlandschaft in Mexiko?

Ja, wir befinden uns in einer historischen Situation. Seit Juli 2000, seitdem die neue Fox-Regierung an die Macht kam, haben viele Menschen eine Veränderung erwartet, erhofft. Jetzt realisieren viele, dass es gar keinen Wechsel, keine wirkliche Veränderung gab. Vor allem im ökonomischen Bereich hat sich nichts zugunsten der Bevölkerung verändert, es ist nur eine Fortsetzung der PRI -Politik der vergangenen Jahre. Und das fangen jetzt viele an, zu realisieren, die Unzufriedenheit wächst.

Bezüglich der Mediengesetze hat sich bisher auch nichts verändert, die Fox-Regierung hat alle alten Gesetze übernommen. Eher im Gegenteil, die Regierung geht gegen kleine Stadtradios und Initiativen vor. Und wir sind hier ja nicht das einzige Projekt, auch in Veracruz, Oaxaca, in Mexiko-Stadt, Sonora, Hidalgo, Chihuahua, also überall gibt es neue Radiosender, die alle letztendlich legalisiert bzw. geduldet werden wollen, um ungehindert senden zu können. Aber bisher hat die Fox-Regierung nicht ein einziges Radio legalisiert und in unserem konkreten Fall droht uns schlimmstenfalls gar Gefängnis. Allerdings sind wir auch das einzige Projekt in ganz Mexiko, das derzeit kriminalisiert wird und Ermittlungsverfahren am Hals hat.

Stichwort Privatisierung der Medien als Teil einer umfassenden Privatisierung?

Ja, die Medien hier in Mexiko sind sowieso alle privatisiert. Wir haben keine öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten wie in anderen Ländern. Neben den kommerziellen Radios gibt es auch den einen oder anderen Uni-Sender, wie Radio-Unam z.B., das sind allerdings eher Ausnahmen, in der Regel ist der ganze Radio und Fernsehbereich privatisiert.

Was ist von einem neuen Mediengesetz, das neu bearbeitet und verabschiedet werden soll zu erwarten, was erhofft ihr euch davon?

Wir erwarten gar nichts, wir fordern schon seit langem eine Veränderung der Gesetze zu Gunsten der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung. Das neue Gesetz sollte die Möglichkeit beinhalten, dass sich kleine Stadt-Radios und -Fernsehanstalten etablieren können und die Bevölkerung sich mit eigenen Medieninitiativen beteiligen kann. Im September wird der Senat und das Parlament über das neu zu verabschiedende Gesetz diskutieren und beraten. Wir sind mit unserem Vorschlag der totalen Liberalisierung der Mediengesetze bereits in den Verhandlungsrunden/Tischen vertreten.

Welche Gruppen oder Initiativen beteiligen sich bei eurem Radio ? Und wie sieht euer Programm aus ?

Mit 11 Personen fing unser Radiokollektiv an. Danach haben wir bereits zweimal zu offenen Versammlungen aufgerufen, an denen sich alle BewohnerInnen und sonstige Interessierte beteiligen konnten, um das Programm gemeinsam zu gestalten, bzw. damit die Leute ihre eigene Sendungen machen können. Grösstenteils besteht unser Programme aus Musik von Cumbia bis Punk. Jetzt gerade um so mehr, da einige Liveprogramme wegen der veränderten Situation wegfallen.

Einer der Gruppen, die bei uns aktiv sind, ist **Colem (Colectivo de Mujeres)**, ein Frauengruppe aus San Cristobal, die regelmässig jeden Mittwochvormittag zwei Stunden sendet. Letztens gab es z.B. eine Sendung über Gesundheitspolitik in Mexiko und die Politik der Weltbank und deren Auswirkungen v.a. für Frauen. Ausserdem hatten wir eine Meinungssendung über Politik und Weltgeschehen. Eine Gruppe von der Uni San Cristobal will sich bei uns beteiligen, bisher habe sie das aufgrund der schwierigen Lage noch nicht getan. Eine andere Gruppe ist die Männergruppe **La Puerta Negra**, die sich mit der Gender-Debatte auseinandersetzt.

Wie ist euer Verhältnis zur zapatistischen Bewegung ?

Also, wir begreifen uns als völlig unabhängig und gehören keiner Gruppe, Organisation oder ähnlichem an und wollen dies auch nicht. Wir bieten allem Gruppen, einschliesslich der EZLN sowie Coleman oder Puerta Negra oder jeder anderen sozialen Gruppe, den Platz und den Raum und die Möglichkeit, ihr Programm zu machen und selbst zu gestalten. Aber wir als Radio sind autonom, unabhängig und begreifen uns als BewohnerInnen aus San Cristobal.

Ihr begreift euch als Kollektiv

Ja es gibt kein Chef, alle Entscheidungen werden gemeinsam getroffen. Wir sind 11 Personen, wir haben angefangen uns im Januar zu treffen, bei einigen Treffen waren bis zu 30 bis 50 Personen anwesend. Und es waren eben jene 11, die bei allen Diskussionen dabei gewesen sind.

Wie wird euer Programm beschlossen ?

Für die Programmgestaltung hat sich eine Kommission gebildet, das Kollektiv als ganze beteiligt sich gar nicht an den Programmdiskussionen, das machen zwei, drei Leute vom Kollektiv. Es gibt bei uns keine Zensur, die Zusammenstellung erfolgt nach Kriterien der Hörbarkeit und, wenn was passt; spielen wir Musik oder nur Gerede eher Abends oder eher morgens usw. Wir haben bisher niemandem verweigert, bei uns zu senden, alle sind bei den offenen Voll-Versammlungen akzeptiert worden.

Gibt es auch Gruppen oder bestimmte Inhalte, die ihr bei euch nicht dulden und akzeptieren würdet ?

Wir akzeptieren keine rassistische Inhalte, Fremdenfeindlichkeit oder Verunglimpfungen, die sich gegen Einzelpersonen richtet. Wir respektieren vollständig die Privatsphäre von Menschen. Niemand darf aufgrund seiner Religion, seiner Hautfarbe, seines Geschlechts diskriminiert werden, das akzeptieren wir nicht. Abgesehen davon sind wir jedoch sehr offen, wir haben keine Tabuthemen, und wir wollen die freie Diskussion und Debatte als Forum, als Spiegel der Geschehnisse. Über alles, von Sexualität bis Politik soll es möglich sein, bei uns zu reden.

Würdet ihr euch selbst als linkes Radio definieren oder

identifizieren ?

Nein, aber viele von uns, die jetzt hier mitmachen, wenn nicht alle, kommen aus der linken Bewegung bzw. haben eine linke Vergangenheit. Aber jetzt im Moment wollen wir uns nicht explizit linkes Radio nennen. Ich denke, wir sollten jetzt hier in Mexiko nicht nur die Linke sondern auch andere Leute, aus der Mitte oder welche, die sich nicht etikettieren oder nicht genau wissen wo sie sich verorten, mobilisieren. Wir müssen auch Bündnisse schliessen. Es ist letztendlich auch eine Taktik, sich nicht ausschliesslich als Links in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Das würde vielleicht auch viele abschrecken, die progressiv sind und die wir aber mit einbinden wollen.

Eine Taktik, sich nicht als Links zu bezeichnen ?

Ja, das ist richtig. Weil unser grösster Feind zur Zeit ist der US-Imperialismus und die FOX-Regierung, die 100% US-abhängig und hörig ist. Die Fox-Regierung vertritt nicht die Interessen der Bevölkerung, sondern die Interessen der Wirtschaft und der USA. Und in dieser Situation werden nicht nur die linke Bewegung oder die Parteien, dagegen kämpfen, sondern auch Teile der PRI (ehemalige Regierungspartei, **Partido Revolucionario Institucional**) und andere, die betroffen sind. Wir müssen Bündnisse schliessen, natürlich sehr bedacht, sorgfältig überlegt und überprüft.

Aber diese Bündnisse sollten alle möglichen Kräfte, die gegen den Imperialismus kämpfen, miteinschliessen. Und viele, die Fox im Jahr 2000 gewählt haben, unterstützen ihn jetzt nicht mehr, sie würden ihn auch nicht noch einmal wählen, weil die versprochenen Veränderungen nicht eingetreten sind und auch nicht eintreten werden. Im Gegenteil sie sehen noch mehr negative Folgen der Wirtschaftspolitik auf sich zu kommen, wie z.B. die Privatisierung der Staatlichen Elektrizitätsgesellschaft **CFE** oder **Pemex**, der staatlichen Erdölindustrie. Der Abbau sämtlicher sozialer Massnahmen ist ja schon im Gange. Es besteht die Gefahr, dass die Mehrwertsteuer auf alle Nahrungsmittel erhoben wird, was eine Verteuerung der Lebensmittel zur Folge hätte. All das sind Zeichen für die "normale Bevölkerung", dass sich die Lebenssituation für die Menschen nicht verbessert, sondern sich eher kontinuierlich unter der Wirtschaftspolitik von FOX, dem ehemaligen Coca-Cola-Präsident, verschlechtert hat. Er steht für die gleiche Wirtschaftspolitik wie unter den PRI-Regierungen von de la Madrid, Salinas de Gortari bis zu Zedillo.

Welche Bedeutung hat dabei Plan Puebla Panama, vor allem für Chiapas ?

Der Plan Puebla Panama, der unter der Fox-Regierung ins Leben gerufen wurde, ist zu Gunsten der Transnationalen Konzerne und Chiapas ist einer der strategischen Regionen dieses Planes. Aber der Plan Puebla Panama ist nur ein Teil von einer umfassenden Wirtschaftspolitik der der Bush-Administration, die mit **ALCA** eine Freihandelszone für ganz Nord- und Südamerika plant. Der PPP wird für die Menschen in Chiapas zur einer schnellen Verarmung führen, der Lebensstandard der mexikanischen Gesellschaft wird weiter nach unten gehen und für die Landbevölkerung, für die Dörfer wird der PPP der Todesstoss bedeuten.

Ein Radio in San Cristobal, einer eher konservativen Stadt, mit konservativer Geschichte ?

Ja, San Cristobal ist konservativ, die Stadt ist 1528 von den Spaniern gegründet worden. In einer Maya-Gegend, von Mayas bevölkert. Und von Anfang an lebten hier vorwiegend die Spanier mit sehr wenigen Indigenas. San Cristobal war immer ein Symbol der Repression der Ausbeutung und Unterdrückung der Spanier gegen die Indigenas. Und das ist eine 500 Jahre alte Geschichte. Erst seit 50, 60 Jahren verändert sich die Situation langsam. Zum einen weil das Fernsehen hier aufs Land kam und einigen Leute ein bisschen die Augen und die Welt geöffnet hat. Ausserdem sind viele nach dem Erdbeben in Mexiko-Stadt 1985 nach San Cristobal umgezogen. Und schliesslich hat auch der Aufstand der EZLN vom 1. Januar 1994, der für die Stadt eine grosse symbolische Bedeutung besitzt, mit zu einer Veränderung beigetragen.

Bericht über das *Foro por la Vida* - Forum für das Leben - vom Widerstand gegen Staudammprojekte in Mittelamerika - der Plan Puebla Panamá

Vom 21. bis 24. März 2002 fand in Guatemala das mesoamerikanische *Foro por la Vida* statt.

Im Rahmen des *Plan Puebla Panamá* (PPP) sollen in der Region vom Süden Mexikos bis nach Panamá insgesamt 70 Staudämme gebaut werden, 32 davon in Chiapas. Das Forum fand statt, um Öffentlichkeit über diese Pläne und deren katastrophale Auswirkungen für die betroffene Bevölkerung herzustellen. Zwischen den Menschen, die mit den Auswirkungen schon existierender Staudämme leben müssen und den Betroffenen der geplanten Projekte wurden Informationen und Erfahrungen ausgetauscht. Die Formierung von überregionalem Widerstand gegen diese Bauvorhaben und die damit verbundene Vertreibung der Bevölkerung war ein Schwerpunkt des Forums.

Das Forum für das Leben

Ort des Treffens war die Kooperative *Unión Maya Itzá* im Regenwald *El Petén*. Diese Region ist durch fünf geplante Staudämme des Grenzflusses Usumasinta bedroht.

Ungefähr 350 Menschen aus verschiedenen mittelamerikanischen Ländern, aus Kolumbien und der Dominikanischen Republik, sowie einige Nichtlatinos nahmen am Forum teil, sie wurden bei den Familien der Bauernkooperative untergebracht.

Während des Krieges in Guatemala flüchteten diese Familien nach Mexiko, dessen Regierung sie 1993/94 wieder zurück nach Guatemala schickte. Seither haben sie sich dort ein neues Leben aufgebaut. Es gibt eine Schule, Versammlungsräume und einen Krankenraum in dem ein kubanischer Arzt arbeitet. Kuba unterstützt Guatemala auf medizinischem Gebiet.

In der Kooperative wohnen ungefähr 100 Familien in weit auseinander liegenden, meist aus Wellblech gebauten Hütten. Es gibt keinen Strom, das Wasser wird von Frauen und Mädchen an einer Zisterne oder am nahe gelegenen Fluss geholt. Die BewohnerInnen halten Hühner, Truthähne, Ziegen und Schweine. Der tiefgrüne Regenwald und die auf den umliegenden Bergen und Hügeln schreienden Brüllaffen geben der Gegend eine besondere Atmosphäre.

Der Staudamm von Rio Chixoy

Am ersten Tag des Forums berichteten mehrere Organisationen aus verschiedenen Ländern von ihren Protesten und Kämpfen gegen die Staudammprojekte.

In den Jahren 1976-83 wurde beispielsweise in Guatemala der Staudamm von Rio Chixoy gebaut. Damals wurden mehr als 20 Gemeinden überflutet. In dieser Zeit herrschte Krieg in Guatemala, in dem ca. 140.000 Menschen von den Militärs ermordet wurden, auch viele, die sich gegen den Bau des Staudamms organisierten, wurden ermordet oder verschwanden spurlos. Die Regierung versprach den vom Bau des Staudamms betroffenen BewohnerInnen neue Häuser, fruchtbares Land, Lastwagen und Boote um den Staudamm überqueren zu können. Nichts davon wurde je eingehalten. Das Land, welches ihnen zugewiesen wurde, war so klein, dass es nicht einmal genügend Platz für die Tierhaltung gab. Die Lebensbedingungen haben sich grundlegend verschlechtert und durch die Enge haben Nachbarschaftskonflikte stark zugenommen.

Drei Männer aus der betroffenen *Comunidad Rio Negro* berichteten auf dem Forum, dass damals in diesem Zusammenhang über 400 Menschen ermordet wurden. Nüchtern zählten sie auf: Am 30.2.1982 wurden 70 Campesinos ermordet, am 3.3.1982 wurden 70 Frauen und 107 Kinder ermordet...

Die Männer erzählten, dass sie damals keine Vorstellung davon hatten, was ein Staudamm ist. Sie befragten die Ältesten im Dorf, deren Meinung war, dass von Menschen Hand kein Fluss so vergrößert werden könne, die Macht dazu hätte nur Gott alleine. So gab es hier nur relativ wenige, die sich gegen den Bau des Staudamms aussprachen. Der Tag an dem das Tal überflutet wurde, brachte den Menschen eine soziale und ökologische Katastrophe.

Die ihnen versprochen Boote haben sie nie erhalten, sodass es bis zum heutigen Tag für die Menschen der jeweils anderen Seite des Stausees keine Möglichkeit mehr gibt sich zu treffen und so auch der Handel mit Waren nicht mehr stattfinden kann. Vor dem Bau wurde ihnen erzählt, dass der See 8 Kilometer lang werden wird, heute hat er eine Länge von 52 Kilometern.

Auf dem Forum beinhalteten alle Berichte die übereinstimmende Erfahrung, dass die zuvor gegebenen Versprechungen der Regierungen aus Ländern wie Costa Rica, Belize, Kolumbien und der Dominikanischen Republik nach Fertigstellung der Staudämme so gut wie nie eingehalten wurden.

Der jeweils nationale Strombedarf dieser Länder ist fast abgedeckt, der Strom der mittels der Staudämme produziert wird, ist hauptsächlich für den Export in die USA und für Projekte im Rahmen des Plans Puebla Panama (PPP) bestimmt, z.B. für die internationalen Produktionsstätten, die so genannten Maquiladoras. (siehe unten)

Im Vergleich zu anderen mittelamerikanischen Ländern bezahlt beispielsweise die Bevölkerung von Belize für den dort privatisierten Strom einen dreifach höheren Strompreis. Selbst in Kanada, dem Herkunftsland des Energiekonzerns, der in Belize das Monopol hält, ist der Strom preiswerter.

Geplante Zwangsumsiedlungen in Montes Azules

Zwangsumsiedlungen werden nicht nur auf dem Hintergrund von Staudammprojekten durchgesetzt. Im Rahmen des Forums wurde auch die Bedrohung der Gemeinden von *Montes Azules* thematisiert.

An diesem Gebiet im Südosten von Chiapas besteht auf Grund der dort vorkommenden reichhaltigen Ressourcen ein internationales Interesse. 35 Gemeinden sollen angeblich aus Naturschutzgründen zwangsumgesiedelt werden. Diese Gemeinden bestehen zum Teil schon seit den fünfziger Jahren, andere entstanden später durch Kriegsflüchtlinge aus anderen Regionen Chiapas. Das Gebiet wurde erst viel später, in den siebziger Jahren zum Naturreservat erklärt. Die damals zugesagten Landeigentumstitel haben die BewohnerInnen nie erhalten. Die EinwohnerInnen mancher Dörfer sind zapatistisch, andere Gemeinden sind von Anhängern der Partido Revolucionario Institucional (PRI) oder der indigenen Bauernorganisation ARIC bewohnt. Weil die PRI, die seit Jahrzehnten an der Macht war, vor zwei Jahren die Wahl verloren hatte, fand eine schon damals geplante Vertreibung erstmal nicht statt.

Montes Azules ist einer der "Hotspots" der Biodiversität in Chiapas, es gibt Erdölvorkommen und große Mengen sauberen Wassers. Zwei der weltweit größten Biotech- und Pharmakonzerne, Monsanto und Novartis, haben sich großzügig bereit erklärt, nach der Räumung des Gebietes den Naturschutz zu gewährleisten. Drei der Gemeinden werden nicht geräumt, sie sollen vermutlich Teil eines ökotouristischen Projektes werden.

Die geplanten Zwangsumsiedlungen in *Montes Azules* sind Bestandteil des Plan Puebla Panama.

Die Widerstandsperspektiven

Am zweiten und dritten Tag des Forums gab es Diskussionen darüber, auf welche Weise Widerstand gegen den Bau der Kraftwerke organisiert werden kann.

Bei den fertig gestellten und geplanten Staudammprojekten sind es vor allem indigene Bauern, die von den verheerenden Auswirkungen dieser Projekte betroffen sind. Hunderttausende verlieren ihr Land, ihrer Häuser und nicht zuletzt ihre Kultur.

Die meisten der Anwesenden des Forums hatten großes Wissen über ihre lokale Geschichte und auch Erfahrungen mit den Kämpfen, die sie miterlebten. Das Wissen über die globalen Zusammenhänge der verschiedenen Ereignisse, die Globalisierung, war jedoch gering, nicht zuletzt weil ihnen der Zugang dazu erschwert wird. Auch eine Infrastruktur von vielen *Non Government Organizations* (NGO) ändert nichts an dieser Tatsache.

Die Beteiligten des Forums waren sich darüber einig, wie wichtig es sein wird, in Zukunft stärker, auch länderübergreifend zusammenzuarbeiten und dass die verschiedenen Organisationen aus den einzelnen Ländern ihre Zistigkeiten begraben, wenn es eine Chance auf erfolgreichen Widerstand geben soll. "Wenn diese Pläne uns allen aufgezwungen werden, müssen wir uns auch zusammen wehren".

Das Abschlusskommunique wurde von 98 Organisationen aus 21 Ländern unterzeichnet: "Agua, Luz y Tierra para el Pueblo", Wasser, Licht, Elektrizität und Land für das Volk. Die TeilnehmerInnen des Forums sprachen sich gegen den Bau von Staudämmen, gegen den Plan Puebla Panama, das geplante Freihandelsabkommen für Gesamt- Amerika (ALCA) und gegen Biopiraterie aus (zu diesen Themen, siehe unten).

Alle Institutionen, welche diese Projekte finanzieren, wurden verurteilt und aufgefordert diese Vorhaben zu stoppen. Die lateinamerikanische Bevölkerung wurde aufgerufen sich am Widerstand zu beteiligen und die Regierungen aufgefordert diese Art von Projekten sofort einzustellen, weil sie gegen die Interessen der Gemeinden und Dörfer gerichtet sind.

Mit allen lateinamerikanischen Bewegungen die gegen Staudämme kämpfen erklärte man sich solidarisch.

Der Plan Puebla Panama (PPP)

Guatemala, Belize, El Salvador, Honduras Nicaragua, Costa Rica, Panamá sowie die neun südlichsten Bundesstaaten Mexikos sind die betroffenen Länder des Megaprojekts PPP. Internationale Konzerne und die USA verplanen diese Länder auf mehreren Ebenen. Ziel ist es, die dort vorhandenen billigen Arbeitskräfte und die vielfältigen natürlichen Ressourcen (Tiere, Pflanzen, fruchtbarer Boden, Wasser und Rohstoffe) vor allem den transnationalen Konzernen zugänglich zu machen.

Niedrigstlohngebiete

Die Arbeitskraft im Süden Mexikos gilt als 40% billiger als in den Produktionsstätten, den so genannten Maquiladoras, im Norden Mexikos. Es gibt hier ein großes "Potential" armer und ungebildeter Menschen in nächster Nähe zu den USA. Die furchtbaren Arbeitsbedingungen und das Fehlen jeglicher sozialen Absicherung der ArbeiterInnen soll bald auch im Süden Mexikos und in Mittelamerika in einer ganzen Reihe von geplanten Maquiladoras durchgesetzt werden, um so billig für den Weltmarkt produzieren zu können. Diese Arbeitsbedingungen werden schon in einer ganzen Reihe anderer Maquiladorenzonen praktiziert.

Biopiraterie

Die große biologische Artenvielfalt ist für die Biotech- und Pharmakonzerne sowie für die Agrarindustrie von großer Bedeutung. Die noch vor kurzem getrennten Bereiche der Pharma- und Agrarindustrie verschmelzen zunehmend zu großen Biotechnologiekonzernen. Geplant sind mehrere Bioprospektionsprojekte, die gezielte Suche nach Pflanzen und Tieren welche nützliche und verwertbare Substanzen enthalten. Die DNA vieler Pflanzen soll entschlüsselt und patentiert werden. Die Konzerne wollen sich die Exklusivrechte auf Heilpflanzen und deren Wirkung, sowie auf wichtige Grundnahrungsmittel wie Mais und Bohnen sichern. Die Kommerzialisierung der Pflanzen und das daraus resultierende Fortschreiten der Monopolisierung auf diesem Gebiet sowie riesiger Gewinnzuwachs sind die Bestrebungen der internationalen Konzerne. Alleine die Pharmaindustrie verdient jährlich ca. 40 Milliarden Dollar an Medikamenten die auf der Grundlage von Pflanzen und traditionellem Heilwissen entwickelt wurden. Indigene Rechte auf "ihre" Pflanzen werden dabei ignoriert.

Schon 1996 wurde für die Koordinierung der verschiedenen Projekte in diesem Bereich ein Plan entworfen, der sich *Corredor Biológico Mesoamerica* nennt und heute zum Kern des PPP gehört. Aus Veröffentlichungen der Weltbank, die einen Großteil der Finanzierung der Projekte sicherstellt, geht hervor, dass die Kommerzialisierung der biologischen und genetischen Vielfalt ein wichtiges zu erreichendes Ziel ist.

Durch diese Kommerzialisierung der Biodiversität wird der davon betroffenen indigenen Bevölkerung die Lebensgrundlage

entzogen, da sie z.B. ihre Heilpflanzen nur noch nach Genehmigung des patentinhabenden Konzerns nutzen darf.

Die zunehmende Manipulation an der Biodiversität durch den Anbau genmanipulierter Pflanzen bringt weitere Konsequenzen für die Indigenas und Campesinos mit sich. Transgene Pflanzen kontaminieren durch Kreuzausaat die natürlichen Pflanzen und die für transgene Pflanzen notwendigen Pestizide vernichten wiederum viele wild vorkommenden Pflanzen.

In Mexiko, dem Ursprungsland von Mais, besteht beispielsweise ein Moratorium für den Anbau von transgenen Pflanzen. Trotzdem wurde vor einigen Monaten auf Feldern von Oaxaca eine Kontamination durch transgenen Mais festgestellt. Ursache dafür sind Maisimporte aus den USA. Dieser Mais ist eigentlich zu Tierfutterzwecken bestimmt. Da jedoch nicht ausgewiesen wurde, dass es sich um genmanipulierten Mais handelt, der nicht zur Aussaat verwendet werden darf, war es nur eine Frage der Zeit, wann die ersten Kontaminationen stattfinden würden. Es besteht die konkrete Gefahr, dass in naher Zukunft alle Wildsorten des Mais davon betroffen werden.

Aus diesen Gründen muss sich die dafür verantwortliche Biotechindustrie jetzt noch sehr schnell möglichst viele ursprünglichen genetischen Ressourcen sichern, bevor auch diese kontaminiert werden oder ganz aussterben.

Dass es irgendwann keine natürlichen Nutzpflanzen mehr gibt, nur noch patentiertes, genmanipuliertes Saatgut, welches jährlich neu eingekauft werden muss, ist ein durchaus realistisches Horrorszenarium. Die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen für Mensch und Tier wären unabsehbar. Ein weiterer Bestandteil des PPP sind eine Reihe von Ökotourismusprojekten. Eingebettet in wunderschöne Natur sollen von den großen Tourismuskonzernen Hotel- und Freizeitanlagen für den exklusiven Geldbeutel errichtet werden. Schöne Flüsse, Seen und Höhlen werden dann auf Privatgelände liegen und nicht mehr für die Allgemeinheit zugänglich sein. Die verbleibende Bevölkerung dient dann als billige Arbeitskraft und soll für eine folkloristische Kulisse sorgen.

Monokulturen

Großflächige Plantagenpflanzungen u.a. von Eukalyptus oder der Palma Africana sind weiterer Bestandteil des PPP. Diese zur industriellen Papier- und Ölherstellung verwendeten Pflanzen sind in subtropischem Klima schon nach 6 Jahren ausgewachsen, in Skandinavien zum Beispiel benötigen sie hierfür 80 Jahre.

Der für die Plantagenpflanzungen benutzte Boden ist nach diesen 6 Jahren allerdings komplett ausgelaugt und für einen längeren Zeitraum unbrauchbar. Aus diesem Grund wird geplant, den Indigenas das entsprechende Land nicht abzukaufen, sondern es lediglich zu pachten. Die Erträge dieser mit Pestiziden und Dünger gezüchteten Monokulturen sind für den Export bestimmt, die entsprechenden Gebiete fehlen den Menschen zum Anbau ihrer eigenen Grundnahrungsmittel.

Die geostrategische Bedeutung des PPP

Als Alternative zum Panamakanal sollen zwischen Pazifik und dem Golf von Mexiko eine Verbindungsstrasse und neue Häfen gebaut werden. Am Isthmus von Tehuantepec, zwischen Oaxaca, Veracruz und Chiapas, kann somit über eine nur 240 Kilometer lange Strasse der Gütertransportweg zwischen den Produktionsstätten der Ostküste der USA und Asien verkürzt werden. Es existieren Gerüchte, wonach entlang dieser Linie eine neue, innerstaatliche Grenze Mexikos errichtet werden soll. Im Gegensatz zu der 3000 Kilometer langen Grenze zwischen den USA und Mexiko könnten hier MigrantInnen viel effektiver zurückgehalten werden.

Die Area Libre Comercio de las Americas (ALCA)

In absehbarer Zeit soll das Freihandelsabkommen ALCA für Nord-Mittel- und Südamerika abgeschlossen werden. Dieses Abkommen soll die Verwirklichungen der einzelnen regionalen Pläne und Projekte erleichtern.

Federführend hierbei ist die *Weltbank*, der *Internationale Währungsfond* und die amerikanische *Bank für Entwicklung*, mit Unterstützung der jeweils beteiligten Konzerne und den reichen

Kurzbeschreibung von CETLALIC -

Eine alternative Schule für den Spanischunterricht in Mexiko

CETLALIC wurde 1987 als alternative Spanischschule gegründet. Wir verbinden intensives Sprachstudium mit dem Kennenlernen sozialer Aktivitäten von Basisgruppen, sowie der kulturellen, sozioökonomischen und politischen Realität in Mexiko. Unser anspruchsvolles Programm wird von den StudentInnen als angenehm empfunden und basiert auf der Methode von Paulo Freire. Von den StudentInnen wird erwartet, dass sie sich über ihre Erfahrungen austauschen und Fragen stellen um eine kritische Analyse zu ermöglichen. Als alternative Sprachschule heissen wir alle StudentInnen jeglicher Nationalität, ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Präferenz und Alter willkommen.

Unser reguläres Unterrichtsprogramm der spanischen Sprache und der mexikanischen Kultur beginnt jeweils montags. Wir bieten ganzjährig Kurse an. Die StudentInnen können frei wählen wie viele Wochen sie bleiben wollen. Wir bieten Unterricht in unseren Instituten in Cuernavaca oder in Tepoztlan, einem im Kolonialstil erbauten Dorf in der Umgebung von Cuernavaca, an. Die maximale Klassengrösse ist auf fünf StudentInnen begrenzt. Unsere LehrerInnen sind Native Speakers. Wir bieten auch Einzelunterricht an.

Unsere StudentInnen wohnen bei mexikanischen Familien. Für Schwule und Lesben besteht die Möglichkeit in entsprechenden Lebenszusammenhängen eine Unterkunft zu finden. Zudem können wir Hotelzimmern oder Apartments vermitteln.

Wir organisieren auch Sonderprogramme. Derzeit bieten wir dazu folgenden Themen an:

- lesbisches Leben in Mexiko (15 Juni - 5 Juli) und Schwule in Mexiko (15 Juni - 5 Juli)
- Winterprogramm für Schwule und Lesben (4. - 17. Januar 2003) und Frauen und soziale Änderungen in Mexiko (11. - 25. Januar 2003).
- Im 2003 planen wir ausserdem ein Sonderprogramm über Syndikalismus und eins für KrankenpflegerInnen.

Gerne entwickeln wir für Sie oder mit Ihnen zusammen ein auf Ihre Bedürfnisse ausgerichtetes Programm. Mögliche Themen könnten sein:

- Kultur in Mexiko oder Lateinamerika
- Neoliberalismus und Globalisierung
- Ökologie
- Basisgruppen in der sogenannten 3. Welt
- das Erbe Don Sergios: Befreiungstheologie und Basiskirche
- das Weltbild der indigenen Bevölkerung
- Naturheilkunde
- interkulturelles Zusammenleben
- Genderperspektiven

Für weitere Information über unser reguläres Unterrichtsprogramm und über die Sonderprogramme können Sie uns schreiben: infor@cetlalic.org.mx oder unsere Website besuchen: www.cetlalic.org.mx

Jorge Torres, Direktor von CETLALIC

Fortsetzung: Foro por la vida

Eliten Mittel- und Lateinamerikas.

Mit Ausnahme von Kuba und Venezuela wird nach Forderungen der Weltbank in allen betroffenen Ländern die Privatisierung von Land, Pflanzen, Wasser und Strom von den jeweiligen Regierungen forciert. Ein schon 1994 unterzeichnetes Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko hatte verheerende Auswirkungen für Bauern und die ärmere Bevölkerung Mexikos. Beispielsweise überschwemmte genmanipulierter Mais den Markt und zerstörte die Lebensgrundlage vieler Kleinbauern und Indigenas. Sie konnten nicht mit den billigen, subventionierten Agrarprodukten aus den USA konkurrieren und standen so vor der Wahl, entweder als billige Arbeitskräfte auf den Großplantagen anzuheuern, in die Städte zu ziehen, oder sie versuchten in die USA zu emigrieren.

Tritt das geplante Freihandelsabkommen ALCA in Kraft, werden Millionen von Menschen in ganz Lateinamerika mit diesen Konsequenzen konfrontiert sein.

Die militärische Komponente

Stromzahlungsboykott in Teilen Mexikos und blutige Unruhen mit mehreren Toten wegen der Privatisierung des Wassers in Bolivien sind erste aufkeimende Widerstände gegen diese Politik. Folglich nimmt die Militarisierung an strategisch wichtigen Orten und in den Gebieten, die von den Plänen und Projekten betroffenen sind, stark zu.

Das US-amerikanische Militär befindet sich immer häufiger zu gemeinsamen Truppenübungen in lateinamerikanischen Ländern. So wurden beispielsweise Anfang des Jahres in Argentinien Übungen mit dem chilenischen und argentinischen Militär durchgeführt. Lernziel war vor allem die Guerillabekämpfung im Urwald.

Ab Oktober 2002 wird die gemeinsame Militärgruppe der NAFTA, mit Kanada, Mexiko und den USA ihre Arbeit aufnehmen. Das entsprechende Einsatzgebiet reicht dann von Alaska bis Chiapas. Erklärtes Ziel ist die Sicherung der wichtigen strategischen Ressourcen.

- eine Teilnehmerin aus Berlin -

Broschüre zur Menschenrechtsdelegation CCIODH auf Deutsch erschienen!

Ab sofort ist bei der Direkten Solidarität mit Chiapas, Zürich, eine deutsche Broschüre zu den Ergebnissen der CCIODH (Internationale zivile Delegation zur Beobachtung der Menschenrechte) erhältlich.

Die CCIODH reiste zum dritten Mal nach Chiapas und interviewte diesen Frühling zahlreiche in den Konflikt involvierte Personen, Gemeinden und Organisationen.

Diese profunde Dokumentation der Menschenrechtslage im heutigen Südmexiko wurde auf Deutsch zusammengefasst und ist nach folgenden Themen gegliedert:

Militarisierung, Paramilitärische Gruppierungen, Vertriebene, Straflosigkeit und Justizwillkür, Politische Gefangene, Wirtschaftliche und soziale Situation in den Gemeinden, Landkonflikte, Rechte der ImmigrantInnen, Die Abkommen von San Andrés

Die illustrierte Broschüre umfasst 30 Seiten, die Analysen sind mit Originalzitate der Interview-partner ergänzt.

Erhältlich ist die CCIODH-Broschüre für Fr.5.- / EUR 3.- bei:

Direkte Solidarität mit Chiapas

Postfach 8616 - 8036 Zürich - Tel./Fax: 01 400 45 69
soli@chiapas.ch

Endlich Gerechtigkeit? Der Kampf der Frauen von Loxicha

gh/ZAPAPRES, Hamburg, 12.07.02

Am 8. Juli berichtete die zapotekische Indígena Estela García Ramírez auf einer Matinee in der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik vor ca. 40 Gästen von der Repression gegen die indigene Region Loxicha in Oaxaca und dem Widerstand der Frauen.

Seit über 5 Jahren belagern die Frauen von Loxicha mit ihren Kindern den Regierungspalast von Oaxaca, um die Freilassung ihrer Männer und Söhne zu erwirken. Bei einem militärischen Überfall auf die Region wurden damals 200 Menschen unter dem Vorwand inhaftiert, der Guerilla EPR anzugehören. Mehr als 40 Menschen sind aus dem selben Grund ermordet worden.

So wurde am 24. April 1997 der Ehemann von Estela García, der 26-jährige Campesino Selerino Jiménez Almaraz, nachts von Angehörigen der Kriminalpolizei und lokalen Paramilitärs aus dem Bett gerissen, angeschossen, halbtot geprügelt und verschleppt.

Am nächsten morgen verließ die junge Frau gegen den Willen ihrer Eltern und Schwiegereltern ihr Dorf, um ihren Ehemann zu suchen. Ein paar Tage später wurde ihr der Leichnam ihres Mannes, der am ganzen Körper von abscheulichen Folterungen entstellt und von Einschüssen durchlöchert war, von der Kriminalpolizei übergeben. Zuvor war die geschockte Frau einem erniedrigendem Verhör unterzogen worden, als sie der Kriminalpolizei ihre Zeugenaussage abgeben wollte.

Der Anführer der Paramilitärs, die an der Ermordung ihres Mannes beteiligt waren, wurde wenig später zum Landrat gewählt.

Das Leben von Estela García hat sich seitdem gänzlich verändert. Sie schloß sich in Oaxaca-Stadt der Mahnwache der Frauen von Loxicha an, entwickelte sich zu einer Sprecherin der Organisation und erreichte, dass der Anführer der Paramilitärs nach Ende seiner Amtszeit inhaftiert wurde.

Im Dezember gab es ein Amnestieangebot an die Gefangenen, wenn Sie bekennen würden, der EPR anzugehören. Die meisten Gefangenen und ihre Frauen lehnten diese Form der Amnestie ab. Freigelassen wurden stattdessen der Anführer der Paramilitärs.

Für einen Teil der Gefangenen konnte inzwischen aber auch trotz des Versuches, sie durch das Amnestieangebot zu spalten, die Freilassung erkämpft werden. Doch die Freigelassenen und ihre Familien können nicht in ihre Heimatgemeinden zurück, da diese immer noch militärisch besetzt sind und von Paramilitärs terrorisiert werden.

Estela García befindet sich zur Zeit auf einem drei-monatigen Aufenthalt in Europa, der ihr ermöglicht wurde, da sie aufgrund ihres Engagements mehrfach bedroht wurde.

Laut einer Untersuchung von Fachleuten der UNAM gibt es in der Region Loxicha Uran- und Titanvorkommen, deren Ausbeutung die indigenen Gemeinden im Weg stehen. Außerdem gibt es Pläne für den Bau einer Autobahn direkt durch das Loxicha-Gebiet an die Pazifikküste.

Die Frauen aus Loxicha haben andere Pläne: Sie wollen in der Landeshauptstadt Oaxaca ein Café einrichten und dort Kaffee aus ihren Gemeinden verkaufen. Mit den Erlösen aus dem Café soll ihr politischer Kampf um Gerechtigkeit, die Bestrafung der Täter und die Freilassung der politischen Gefangenen unterstützt werden.

Estela García bat auf der Matinee um Unterstützung für den Aufbau des Cafés. ZAPAPRES ruft daher zu Spenden für dieses Projekt unter dem Stichwort "Loxicha" auf.

Spendenkonto:

Kontonr. 1211/416506

Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50)

Inh: ZAPAPRES, Jutta Klab

Neue Benefiz-CD
und Cassette für die EZLN!
JAZINTO:

Pa 'Miliano

Corridos de Emiliano Zapata
y otros como el

Jazinto begleitet seine Stücke bewegend und stimmungsvoll auf seiner Gitarre und Mundharmonika!

Alle Gewinne fließen an den autonomen Landkreis, in dem die Gemeinde des Künstlers lebt.

Auf der CD/Cassette gibt's 18 Corridos (Lieder hauptsächlich aus der Mexikanischen Revolution 1910-1920) die im Februar 2002 in einer autonomen zapatistischen Gemeinde im Lakandonischen Urwald in Chiapas/Mexiko aufgenommen wurden. Erwartet keine o-Qualität... aber es lohnt sich wirklich!

CD 10 Euro / Tape 5 Euro - 4-Farb-Cover
(zzgl. 1,53 Euro Porto)

Bestellungen an:

Gruppe B.A.S.T.A. c/o Infoladen Bankrott,
Dahlweg 64 D-48153 Münster
gruppeBASTA@gmx.de



Absender:
Café Libertad Kooperative GbR,
Bahnenfelder Str. 17, 22765 Hamburg

